

Beck'sches Handbuch der GmbH

Gesellschaftsrecht, Steuerrecht

von

Prof. Dr. Ulrich Prinz, Prof. Dr. Norbert Winkeljohann, Dr. Michael Axhausen, Dr. Jens Berberich, Dr. Mathias Birnbaum, Dr. Ulf Braun, Dr. Klaus Fischer, Philipp Haaf, Dr. Thorsten Helm, Ann-Cathrin Hütig, Burckhard Jung, Andreas Langseder, Dr. Silja Maul, Dr. Welf Müller, Dr. Sven-Joachim Otto, Dr. Thomas Otto, Florian Rieser, Dr. Volker Schacht, Dr. Martin C. Schmidt, Dr. Karl-Heinz Schmiegelt, Dr. Uwe Scholz, Markus Schulz, Helmut Schwaiger, Lothar Siemers, Jürgen Sievert, Frederik Vogt

5. Auflage



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64951 6

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de

Beck'sches
Handbuch der GmbH

beck-shop.de

Beck'sches Handbuch der GmbH

Gesellschaftsrecht – Steuerrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Ulrich Prinz

Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater in Köln

Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Wirtschaftsprüfer und
Steuerberater in Hannover

Bearbeitet von

Dr. Michael Axhausen, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Hamburg;
Dr. Jens Berberich, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater,
Diplom-Kaufmann, Frankfurt a. M.; *Dr. Mathias Birnbaum*, Rechtsanwalt,
Steuerberater, Düsseldorf; *Dr. Ulf Braun*, Rechtsanwalt, Osnabrück;
Dr. Klaus Fischer, Rechtsanwalt, Notar, Frankfurt a. M.; *Philipp Haaf*,
Steuerberater, Mannheim; *Dr. Thorsten Helm*, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer,
Steuerberater, Mannheim; *Ann-Cathrin Hütig*, Steuerberaterin, Köln;
Burckhard Jung, Rechtsanwalt Frankfurt; *Andreas Langseder*, Rechtsanwalt,
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, München; *Dr. Silja Maul*, Rechtsanwältin,
Mannheim; *Dr. Welf Müller*, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater,
Frankfurt a. M.; *Prof. Dr. Ulrich Prinz*, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Köln;
Florian Rieser, Hamburg; *Dr. Sven-Joachim Otto*, Rechtsanwalt, Diplom-Kaufmann,
Magister rer. publ., Düsseldorf; *Dr. Thomas Otto*, Rechtsanwalt, Steuerberater,
Köln; *Dr. Volker Schacht*, Rechtsanwalt, Steuerberater, Köln; *Dr. Martin*
C. Schmidt, Rechtsanwalt, Notar, Frankfurt a. M.; *Dr. Karl-Heinz Schmiegelt*,
Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Notar, Frankfurt a. M.; *Uwe Scholz*,
Rechtsanwalt, Steuerberater, Bonn; *Markus Schulz*, Rechtsanwalt, Steuerberater,
Köln; *Helmut Schwaiger*, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, München;
Lothar Siemers, Rechtsanwalt, Steuerberater, Düsseldorf; *Jürgen Sievert*,
Rechtsanwalt, Steuerberater, Köln; *Frederik Vogt*, Rechtsanwalt, Osnabrück

5., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage 2014

beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64951 6

© 2014 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 5. Auflage

Das Beck'sche Handbuch der GmbH, das nun in aktueller 5. Auflage vorliegt, ist Tradition und höchster Aktualität gleichermaßen verpflichtet. Die 1. Auflage stammt aus 1995; seit der im Mai 2009 erschienenen 4. Auflage sind rund fünf Jahre vergangen. In dieser Zeitspanne hat die Verbreitung der GmbH als Rechtsform in der Wirtschaftsrealität eher zu- als abgenommen. Zur „Vermeidung inhaltlicher Jahresringe“ haben sich Autoren, Herausgeber und Verlag intensiv um ein aktuelles, modernes und anspruchsvolles Handbuch bemüht, dass zuverlässigen Rat in sämtlichen gesellschaftsrechtlichen, bilanzrechtlichen und steuerrechtlichen GmbH-Fragen gibt.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur, die zuhauf seit der 4. Auflage ergangen sind, wurden sorgfältig und akribisch in unser Handbuch eingearbeitet. Das gedankliche Grundkonzept als zuverlässiger praktischer Ratgeber in allen GmbH-Fragen, wurde beibehalten. Auch wenn große GmbH- und Unternehmenssteuerreformen in den letzten Jahren unterblieben sind, gibt es doch eine Reihe höchst bedeutsamer Gesetze, die GmbH-Relevanz haben und eingehend berücksichtigt wurden. Namentlich sollen genannt werden:

- das BilMoG v. 25.5.2009 mit der umfassendsten Reform der HGB-Rechnungslegung seit dem Bilanzrichtlinien-Gesetz 1985; auch das MicroBilG v. 27.12.2012 und die EU-Rechnungslegungsrichtlinie v. 26.6.2013, die im Rechnungslegungsteil Berücksichtigung finden;
- die „Kleine Organschaftsreform“ v. 20.2.2013, die teils Rechtserleichterungen, teils Rechtsverschärfungen für GmbH-Konzerne ausgelöst hat und schließlich
- das sog. Streubesitz-Dividendengesetz v. 21.3.2013 mit seiner Abschaffung der Dividendenfreistellung in § 8b Abs. 4 KStG.

Auch die im internationalen Bereich derzeit intensiv geführte Diskussion über „aggressive Steuerplanung“, die voraussichtlich in den nächsten Jahren auch vom deutschen Gesetzgeber aufgegriffen wird, findet Berücksichtigung.

In Anbetracht der Rechtsentwicklung in den vergangenen Jahren und um ein modernes Handbuch präsentieren zu können, sind einige Kapitel neu zugeschnitten worden, einige neue Abschnitte sind hinzugekommen. Zu nennen sind insbesondere:

- wegen der zunehmenden Internationalität der GmbH wurde das neue Kapitel „Die GmbH im Internationalen Umwandlungssteuerrecht“ verfasst (§ 19);
- der Nachfolgeplanung rund um die GmbH und ihrer Gesellschafter wurde im Hinblick auf das derzeit auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand stehende Erbschaftsteuerrecht und dessen Planungsnotwendigkeiten ein eigenes Kapitel gewidmet (§ 20).
- Schließlich wurden für die Themen „öffentlich-rechtliche GmbH“ und „gemeinnützige GmbH“ wegen ihrer vielfältigen praxisrelevanten Besonderheiten eigenständige Kapitel aufgenommen.

Vorwort

Auch im Herausgeber- und Autorenkreis hat es in der 5. Auflage einige wenige Veränderungen gegeben. Welf Müller als ebenso kundiger wie engagierter Mitherausgeber „der ersten Stunde“ hat seine Funktion auf Ulrich Prinz übertragen. Beide verbindet eine berufliche Nähe über viele Jahre, so dass die Kontinuität im Handbuch gewahrt bleibt. Als Autor – und dies ist ein Glücksfall – bleibt Welf Müller dem Handbuch verbunden. Auch im Autorenkreis gab es – teils Alters- teils Gesundheitsbedingt – kleinere Wechsel. Allen ausgeschiedenen und aktuellen Autoren gebührt unser herzlicher Dank. Jeder der Fachschriftstellerei als „Freizeitbeschäftigung“ betreibt, weiß Zeiteinsatz und Mühen, die damit verbunden sind, zu schätzen. Schließlich ist auch dem Beck-Verlag – namentlich dem zuständigen Lektor Hans Josef Hunold – herzlich zu danken für die stets angenehme und geduldige Bearbeitung. Wir hoffen sehr, dass auch die 5. Auflage unseres Beck'schen Handbuchs der GmbH eine gute Aufnahme im Fachpublikum nehmen wird. Anregungen zu den hier behandelten Themen und Hinweise zu etwaigen noch nicht behandelten Zweifelsfragen sind den Herausgebern und Verfassern jederzeit willkommen

Köln/Hannover im September 2014

Prof. Dr. Ulrich Prinz
Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Vorwort

Vorwort zur 1. Auflage

Wenn man sich in juristischen Bibliotheken und Fachbuchhandlungen nach GmbH-Werken umsieht, drängt sich der Eindruck auf, als gäbe es bereits genügend (Hand)Bücher über die GmbH. Das ist nicht weiter erstaunlich, wurde die Rechtsform der GmbH doch – ohne rechtes Vorbild in der deutschen Rechtsgeschichte – bereits 1892 geschaffen und erfreut sich seither großer Beliebtheit. Gelehrte, Praktiker, Berater und Richter hatten deswegen in den letzten 100 Jahren hinreichend Anlaß und Gelegenheit, die vielfältigen Aspekte der GmbH, die sich zudem im Laufe der Zeit ständig veränderten und verlagerten, aufzugreifen, in allen Facetten zu untersuchen und für die dabei entstehenden Fragen und Probleme Lösungen anzubieten.

Gleichwohl ist das Recht der GmbH nie zur Ruhe gekommen und bis heute in Bewegung geblieben. Nicht zuletzt diese Entwicklung hat uns den Mut gegeben, ein neues Handbuch der GmbH in Angriff zu nehmen und hiermit vorzulegen. Die Bezeichnung „neu“ scheint uns deshalb gerechtfertigt zu sein, weil wir versucht haben, mit dem „Beck'schen Handbuch der GmbH“ eine integrierte *gesellschafts- und steuerrechtliche* Darstellung aller GmbH-relevanten Themen herauszubringen. Denn die Erfahrung in der Praxis hat gezeigt, daß sich insbesondere bei der GmbH gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Aspekte nicht voneinander trennen lassen, ja, daß das eine das andere bedingt. Recht und Steuerrecht der GmbH werden deshalb hier gezielt aufgenommen und in ihrem gegenseitigen Verständnis erläutert.

Mit dieser doppelten Ausrichtung begleiten wir die GmbH von der „Wiege bis zur Bahre“ – ausgehend von der Gründung, der die Wahl dieser Rechtsform vorausgeht, bis hin zu ihrer freiwilligen oder unfreiwilligen Auflösung. Für alle wichtigen Maßnahmen, Ereignisse und Probleme, die sich im Leben einer GmbH ergeben können, wollen wir damit praktikable Lösungen in gesellschafts- und steuerrechtlicher Hinsicht anbieten.

Den „Mut“ zu diesem neuen Handbuch schöpfen wir aber noch aus einem ganz aktuellen Umstand. Dieses Handbuch erscheint in einem Moment, in dem die Wahl der Rechtsform – gerade die der GmbH – nicht mehr „für die Ewigkeit“ getroffen werden muß. Das neue Umwandlungsrecht – kombiniert mit dem neuen Umwandlungssteuerrecht – bietet auch und gerade der GmbH weitaus mehr Möglichkeiten als bisher, sich verändernden Umständen anzupassen. Neben vereinfachten Verfahren zur Zusammenfassung und Konzentration (*Verschmelzung*) gibt es jetzt auch den *actus contrarius*, die *Spaltung*. Vor allem aber ist hier der *Formwechsel* zu nennen, denn anders als früher ist jetzt der Weg aus der GmbH in die Personengesellschaft ohne Aufdeckung der stillen Reserven möglich, was – auf den ersten Blick vielleicht überraschend – künftig auch den Schritt in die GmbH, statt z.B. in die GmbH & Co. KG, erleichtern wird. Das Kapitel „Umwandlungen“ stellt deshalb einen Schwerpunkt dieses Handbuches dar.

Der gesellschafts- und steuerrechtlichen Zielsetzung wurde auch bei der Autorenauswahl bewußt Rechnung getragen. Die Verfasser dieses Hand-

Vorwort

buches (Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater) stammen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – aus großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und haben die Erfahrungen, die sie dort über lange Jahre sammeln konnten, in dieses Werk einfließen lassen. Das „Beck'sche Handbuch der GmbH“ richtet sich deshalb nicht so sehr an den spezialisierten Gesellschaftsrechtler oder den spezialisierten Steuerrechtler. Im Vordergrund stehen vielmehr die kaufmännisch vorgebildeten Geschäftsführer und/oder Gesellschafter der GmbH sowie insbesondere deren Berater, und hier vor allem die Kollegen aus dem Kreis der Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und unternehmensberatenden Rechtsanwälte.

Wir danken allen Autoren für ihren persönlichen und arbeitsintensiven Einsatz, ohne den das Gelingen dieses Werks nicht möglich gewesen wäre. Unser ganz besonderer Dank gilt Herrn Rechtsanwalt Burckhard Jung für seine über den eigenen Autorenbeitrag hinausgehende vielfältige Unterstützung bei der Herausgabe dieses Handbuchs. Dank schulden wir schließlich auch dem Lektor des Beck-Verlags, Herrn Albert Buchholz, für seine engagierte und geduldige Begleitung des Werks.

Wir hoffen und wünschen, mit diesem gesellschafts- und steuerrechtlichen GmbH-Handbuch eine wohlwollende und kritische Aufnahme zu finden. Da es jedoch nichts gibt, das nicht besser (nicht nur anders) gemacht werden kann, möchten wir alle Benutzer unseres Handbuchs bitten und auffordern, mit uns in diesen „Verbesserungswettstreit“ einzutreten.

Frankfurt, im Mai 1995

Die Herausgeber

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Rechtsformwahl (Berberich/Haaf)

A. Einleitung	2
B. Das Entscheidungsproblem der Rechtsformwahl	3
I. Bedeutung	3
II. Vorgehensweise	4
III. Entscheidungskriterien	5
IV. Rechtsformalternativen	7
C. Die GmbH im Vergleich zur Personengesellschaft	8
I. Rechtsgestaltung und Haftung	8
II. Leitung und Überwachung	10
1. Selbst- oder Fremddorganschaft	10
2. Weisungsrecht	11
3. Informationsrecht	12
4. Aufsichtsrat/Unternehmensüberwachung	13
III. Finanzierung	13
1. Eigenfinanzierung	13
a) Beteiligungsfinanzierung	13
b) Selbstfinanzierung	14
2. Fremdfinanzierung	14
3. Mezzanine-Finanzierung	15
IV. Besteuerung	16
1. Laufende Besteuerung der GmbH	17
a) Auf Ebene der Gesellschaft	17
b) Auf Ebene der Anteilseigner	19
2. Laufende Besteuerung der OHG/KG	21
3. Steuerlicher Belastungsvergleich zwischen GmbH und OHG	23
4. Steuerliche Behandlung der Veräußerung und des Erwerbs von Anteilen	27
a) GmbH-Anteile	27
b) OHG-Anteile	29
5. Erbschaftsbesteuerung	30
a) GmbH-Anteile	30
b) OHG-Anteile	31
V. Mitbestimmung	31
VI. Gründungs- und Organisationsaufwand	32
VII. Rechnungslegung, Prüfung und Publizität	33
VIII. Konzernbildung	34
D. Die GmbH im Vergleich zur Limited (Ltd.)	36
E. Die GmbH im Vergleich zur europäischen Aktiengesellschaft (SE)	36
I. Vorbemerkungen	36
II. Rechts- und Organisationsverfassung	37

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

1. Gesellschaftsstatut	37
2. Satzung und Gründung	38
3. Gesellschaftskapital und Haftung	39
4. Organisationsstruktur und Geschäftsführung	40
III. Finanzierung	41
1. Eigenfinanzierung	41
a) Beteiligungsfinanzierung	41
b) Selbstfinanzierung	41
2. Fremdfinanzierung	41
3. Mezzanine-Finanzierung	41
IV. Besteuerung	42
1. Gründung, Wegzug und Zuzug	42
a) Gründung	42
b) Wegzug und Zuzug	43
2. Laufende Besteuerung	43
a) Auf Ebene der Gesellschaft	43
b) Auf Ebene der Anteilseigner	43
V. Mitbestimmung	44
VI. Gründungs- und Organisationsaufwand	45
VII. Rechnungslegung, Prüfung und Publizität	45
VIII. Konzernbildung	46
F. Die GmbH im Vergleich zur Unternehmergeellschaft	47
G. Gesamtwertung	48
 § 2 Gründung und Kapitalaufbringung (Schwaiger)	
A. Der Weg in die GmbH	54
I. Grundlagen	54
1. Ausgangssituationen auf dem Weg in die GmbH	54
2. Gründung – Errichtung – Entstehung	55
3. Ablauf der Gründung	55
II. Stadien der GmbH-Gründung	56
1. Vorgründungsstadium	57
a) Arten der Vorgründungsgesellschaft	57
b) Gesellschaftsrechtliche Einordnung	58
c) Steuerliche Einordnung	58
d) Rechnungslegung	59
2. Gründungsstadium	60
a) Gesellschaftsrechtliche Einordnung	60
b) Steuerliche Einordnung	62
c) Rechnungslegung	63
3. Eingetragene GmbH	64
a) Rechtliche Wirkungen der Eintragung	64
b) Steuerliche Wirkungen der Eintragung	64
III. Persönliche Haftungsrisiken bei der Gründung	65
1. Haftung während des Vorgründungsstadiums	66
2. Haftung während des Gründungsstadiums	66
a) Gründerhaftung	66
b) Handelndenhaftung	68

Inhaltsverzeichnis	Inhalt
3. Haftung ab Eintragung	69
a) Differenzhaftung	69
b) Vorbelastungs- oder Unterbilanzhaftung	70
B. Abschluss des Gesellschaftsvertrags	71
I. Vertragschließende	71
1. Anzahl der Gründer	71
2. Taugliche Gründer	71
a) Natürliche Personen	71
b) Juristische Personen	72
c) Gesamthandsgemeinschaften	72
II. Gesellschaftsvertrag	73
1. Feststellung	73
2. Rechtsnatur	74
III. Inhalt des Gesellschaftsvertrags	74
1. Satzungsbestandteile	74
2. Notwendiger Inhalt des Gesellschaftsvertrags	75
a) Firma der Gesellschaft	76
b) Sitz der Gesellschaft	78
c) Gegenstand des Unternehmens	79
3. Formbedürftiger fakultativer Inhalt	81
4. Sonstiger fakultativer Inhalt	81
5. Ausgestaltung von Gesellschaftsverträgen	82
a) Satzungsautonomie	82
b) Allgemeine Gestaltungshinweise	83
c) Fallgruppen	83
IV. Formvorschriften	84
1. Notarielle Beurkundung	84
a) Gründungsprotokoll	84
b) Umfang der Beurkundung	85
c) Auslandsbeurkundung	85
2. Unterzeichnung sämtlicher Gesellschafter	86
a) Eigenhändige Unterzeichnung	86
b) Vollmacht und Vertretung	86
C. Bestellung der Geschäftsführer	87
I. Funktion der Geschäftsführung im Gründungsstadium	87
II. Bestellung der Gründungsgeschäftsführer	87
1. Bestellung im Gesellschaftsvertrag	87
2. Bestellung durch Beschluss	88
D. Einlageleistung auf die Geschäftsanteile	88
I. Kapitalaufbringung	88
1. Bestandteil des Gründungsvorgangs	88
2. Schaffung der Kapitalbasis	89
II. Stammkapital und Einlagen auf die Geschäftsanteile	90
1. Inhalt des Gesellschaftsvertrags	90
2. Stammkapital	90
a) Stammkapital und Gesellschaftsvermögen	91
b) Funktion des Stammkapitals	91

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

3. Einlagen auf die Geschäftsanteile	92
a) Übereinstimmung der Nennbeträge aller Geschäftsanteile mit Stammkapital	92
b) Stückelung der Beteiligung	92
c) Verknüpfung von Stammeinlage und Geschäftsanteil	92
III. Einlagen auf das Stammkapital	93
1. Einlageformen	93
a) Bareinlage	93
b) Sacheinlage	94
c) Mischeinlage	94
d) Gemischte Sacheinlage	94
2. Mindestbeträge und ausstehende Einlagen	94
a) Mindestbetrag des Stammkapitals	95
b) Mindestbetrag und Stückelung der Geschäftsanteile	95
c) Ausstehende Einlagen	95
3. Leistungen zur endgültigen freien Verfügung	96
4. Steuerwirkungen der Einlageleistung	97
a) Steuerfolgen bei der GmbH	97
b) Steuerfolgen beim Gesellschafter	97
5. Bilanzieller Ausweis der Einlageleistung	98
a) Eröffnungsbilanz	98
b) Ausstehende Einlagen	99
IV. Besonderheiten bei Sacheinlagen	99
1. Festsetzung im Gesellschaftsvertrag	99
2. Sacheinlagegegenstände	100
3. Wert der Sacheinlagen	100
4. Sachgründungsbericht	101
5. Verdeckte Sacheinlage	101
a) Grundkonstellation	101
b) Rechtsentwicklung	102
c) Tatbestand	103
d) Rechtsfolgen	104
V. Reale Kapitalaufbringung	106
1. Sicherstellung der Kapitalaufbringung	106
2. Kapitalaufbringungsschutz	107
a) Befreiung von der Einlageverpflichtung	107
b) Aufrechnung gegen Einlageverpflichtung	107
c) Zurückbehaltungsrecht an Sacheinlagen	107
d) Missachtung der Sacheinlagevorschriften	107
e) Rückfluss durch Hin- und Herzahlen	107
3. Rechtsfolgen versäumter Zahlungen auf Stammeinlagen	109
a) Verzugszinsen (§ 20 GmbHG)	109
b) Ausschluss säumiger Gesellschafter (§ 21 GmbHG)	109
c) Haftung des Rechtsvorgängers (§ 22 GmbHG)	109
d) Verwertung des Geschäftsanteils (§ 23 GmbHG)	110
e) Ausfallhaftung (§ 24 GmbHG)	110
4. Sondervorteile und Gründungsaufwand	110
a) Sondervorteile	111
b) Gründungsaufwand	111
E. Anmeldung und registergerichtliches Verfahren	112
I. Abschluss des Gründungsvorgangs	112

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

II. Voraussetzungen und Inhalt der Anmeldung	112
1. Voraussetzungen	112
2. Inhalt	113
a) Der Anmeldung beizufügende Unterlagen	113
b) Versicherungen der Geschäftsführer	113
c) Angabe der inländischen Geschäftsanschrift und der Vertretungsbefugnis	114
d) Einreichung der Unterlagen	115
III. Sanktionen bei fehlerhafter Anmeldung	115
1. Verfahrensmängel	115
2. Gründungshaftung	115
3. Bankenhaftung	116
4. Strafandrohung	116
IV. Registergerichtliches Verfahren	116
1. Prüfungspflicht des Registerrichters	116
2. HR-Eintragung und Bekanntmachungen	117

§ 3 Der Gesellschafter (Schmiegelt/Schmidt)

A. Vorbemerkung	120
B. Die Stellung der Gesellschafter in der GmbH	120
I. Die Gesellschafter als oberstes Gesellschaftsorgan	120
II. Delegation von Gesellschafterkompetenzen	121
III. Besondere Gesellschaftereigenschaften	123
C. Allgemeine Verhaltensgrundsätze	124
I. Treuepflicht	125
II. Gleichbehandlungsgrundsatz	130
D. Die Gesellschafterrechte	132
I. Inhaber der Gesellschafterrechte	132
II. Gesellschafterrechte als Vermögens- und Verwaltungsrechte	132
III. Gesellschafterrechte und Drittrechte von Gesellschaftern	133
IV. Begründung, Änderung und Aufhebung allgemeiner Gesellschafterrechte	134
V. Gesellschaftersonderrechte	135
VI. Einzelne Gesellschafterrechte	137
1. Informationsrechte	139
a) Informationsrecht gemäß § 51 a GmbHG	139
b) Informationsrecht zu Beschlussgegenständen	149
c) Informationsrecht gegenüber Mitgesellschaftern	150
2. Allgemeines Prüfungs- und Überwachungsrecht gegenüber der Geschäftsführung	151
3. Geltendmachung von Ersatzansprüchen der Gesellschaft gemäß § 46 Ziff. 8 Alt. 1 GmbHG	152
4. Vertretung der Gesellschaft in Prozessen mit Geschäftsführern gemäß § 46 Ziff. 8 Alt. 2 GmbHG	154
5. Klagebefugnis einzelner Gesellschafter zugunsten der Gesellschaft	155

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

E. Die Gesellschafterpflichten	157
I. Schutzfunktion der allgemeinen Gesellschafterpflichten	157
II. Adressaten der allgemeinen Gesellschafterpflichten	157
III. Einzelne Gesellschafterpflichten	157
1. Wettbewerbsverbot	158
2. Geheimhaltungspflicht	159
IV. Gesellschaftsvertragliche Gesellschafterpflichten	160
F. Gesellschaftervereinbarungen	164
I. Gründe für den Abschluss von Gesellschaftervereinbarungen	164
II. Rechtsnatur	165
III. Inhalt von Gesellschaftervereinbarungen	165
IV. Gestaltungsgrenzen	167
V. Ausübungsgrenzen	167
VI. Durchsetzung	168
VII. Form	168
 § 4 Die Beschlussfassung der Gesellschafter (Fischer/Schmidt)	
A. Vorbemerkung	173
B. Die Beschlussfassung in Gesellschafterversammlungen	174
I. Einberufung einer Gesellschafterversammlung	174
1. Zuständigkeit zur Einberufung	174
2. Pflicht zur Einberufung einer Gesellschafterversammlung	176
a) Einberufung in ausdrücklich bestimmten Fällen	176
b) Einberufung im Interesse der Gesellschaft	176
c) Einberufung bei Verlust der Hälfte des Stammkapitals	177
d) Einberufungsverlangen einer Minderheit und Selbsthilferecht	177
e) Abdingbarkeit durch Satzung	180
3. Form und Inhalt der Einberufung einer Gesellschafterversammlung	180
a) Einberufung durch Ladung	180
b) Adressaten der Einladung	181
c) Ladungsfrist	182
d) Ankündigung der Tagesordnungspunkte	183
e) Ort und Termin der Gesellschafterversammlung	183
f) Abdingbarkeit durch Satzung	184
g) Fehlerhafte Einberufung	185
II. Recht zur Teilnahme an Gesellschafterversammlungen	185
1. Inhalt des Teilnahmerechts	185
2. Teilnahmerecht der Gesellschafter	186
a) Inhaber des Teilnahmerechts	186
b) Ausschluss des Teilnahmerechts	187
c) Gesetzliche und rechtsgeschäftliche Vertretung	187
3. Teilnahmerecht Dritter	188
4. Verletzung des Teilnahmerechts	189
III. Durchführung der Gesellschafterversammlung	189
1. Versammlungsleiter	189
2. Protokollierung von Gesellschafterbeschlüssen	190
IV. Zustandekommen von Gesellschafterbeschlüssen	191
1. Antrag zur Beschlussfassung	191

Inhaltsverzeichnis	Inhalt
2. Abstimmung	192
3. Beschlussfeststellung	193
4. Weitere Erfordernisse	194
V. Vollversammlung	194
C. Die Beschlussfassung außerhalb von Gesellschafterversammlungen ...	195
I. Verfahren gem. § 48 Abs. 2 GmbHG	195
II. Satzungsregelungen	196
D. Die Beschlussfassung in Ein-Mann-Gesellschaften	197
E. Stimmrecht und Stimmrechtsausübung	198
I. Inhalt und Grenzen des Stimmrechts	198
II. Stimmkraft der Gesellschafter	199
III. Inhaber des Stimmrechts	200
1. Stimmrecht der Gesellschafter	200
2. Stimmrechtsausübung durch Dritte	200
3. Verbot der Stimmrechtsabsplaltung und einheitliche Stimmabgabe ...	202
IV. Stimmrechtsausschluss	203
1. Allgemeines	203
2. Entlastung eines Gesellschafters	204
3. Befreiung von einer Verbindlichkeit	205
4. Vornahme eines Rechtsgeschäfts	205
5. Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits	206
6. Anwendungsgrenzen des § 47 Abs. 4 GmbHG	206
a) Sozialakte	206
b) Wichtiger Grund für Beschlussfassung	207
c) Weitere Einzelfälle	208
d) Abdingbarkeit des § 47 Abs. 4 GmbHG	209
e) Missachtung des Stimmverbots	209
7. Anwendbarkeit des § 181 BGB	209
8. Ruhen der Mitgliedschaftsrechte für die eigenen Anteile der GmbH	210
9. Analoge Anwendbarkeit der §§ 71 b, 71 d AktG	210
V. Stimmbindungsvereinbarungen	211
1. Inhalt und Wirksamkeit	211
2. Zulässigkeitsgrenzen	212
3. Durchsetzung und Vollstreckbarkeit	213
VI. Haftung wegen Stimmrechtsausübung	214
VII. Wirksamkeit der Stimmabgabe	214
F. Mehrheitserfordernisse	215
I. Beschlussfähigkeit	215
II. Gesetzliche Mehrheitserfordernisse	216
III. Gesellschaftsvertragliche Mehrheitserfordernisse	216
G. Änderung des Gesellschaftsvertrages	217
I. Gesellschaftsvertrag als Gegenstand der Änderung	217
II. Begriff der Änderung	218
III. Durchführung der Änderung	219
1. Zwingende Zuständigkeit der Gesellschafter	219

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

2. Beschlussmehrheit	220
a) Dreiviertel-Mehrheit	220
b) Anpassung der Gewinnverwendungsregel bei Altgesellschaften	220
c) Leistungsvermehrung	220
d) Zweckänderung nur einstimmig	221
3. Notarielle Beurkundung des Änderungsbeschlusses	221
IV. Eintragung in das Handelsregister	223
1. Anmeldung	223
2. Rechtswirkungen	223
V. Exkurs: Umstellung von DM auf Euro	223
H. Aufhebung von Gesellschafterbeschlüssen	225
I. Auslegung von Gesellschafterbeschlüssen	226
J. Fehlerhafte Gesellschafterbeschlüsse	226
I. Allgemeines	226
II. Scheinbeschlüsse (Nichtbeschlüsse)	227
III. Unwirksame Beschlüsse	227
IV. Nichtig Beschlüsse	228
1. Einberufungsmängel	228
2. Beurkundungsmängel	230
3. Unvereinbarkeit mit dem Wesen der GmbH und Inhaltsverstöße	230
4. Sittenverstoß	231
5. Nichtigkeitserklärung	231
6. Weitere Nichtigkeitsgründe	231
7. Teilnichtigkeit	231
8. Bedeutung und Rechtsfolgen der Nichtigkeit	232
9. Heilung der Nichtigkeit	232
V. Anfechtbare Beschlüsse	233
1. Anfechtbarkeit im Allgemeinen	233
2. Anfechtungsgründe	233
3. Ausschluss der Anfechtbarkeit	235
VI. Rechtsbehelfe bei fehlerhaften Beschlüssen	236
1. Klagearten	236
2. Rechtsschutzinteresse	238
3. Prozessbeteiligte	238
4. Klagefrist	239
5. Weitere Verfahrensfragen	241
6. Urteilswirkungen	242
7. Einstweiliger Rechtsschutz	242
 § 5 Der Geschäftsführer (Axhausen)	
A. Bestellung und Anstellung	247
I. Bestellung	247
1. Bedeutung der Bestellung für die Gesellschaft	247
a) Einführung	247
b) Zuständigkeit für die Bestellung	249
c) Dauer der Bestellung	250
d) Geschäftsführerstellung als Sonderrecht	250
e) Persönliche Voraussetzungen des Geschäftsführers	250
2. Fehlerhafte Bestellung und faktischer Geschäftsführer	251

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

3. Erlöschen der Bestellung	252
a) Gesetzliches Ende	252
b) Rechtsgeschäftliches Ende durch auflösende Bedingung	252
c) Liquidation der Gesellschaft	252
4. Notgeschäftsführer	253
5. Niederlegung des Amtes	253
6. Eintragung im Handelsregister	254
II. Anstellung	255
1. Der Anstellungsvertrag	255
a) Abschluss und inhaltlicher Rahmen des Anstellungsvertrages	256
b) Form des Vertrages	257
c) Mangelhafter Vertrag	257
2. Vergütung des Geschäftsführers	258
a) Nachzahlungsverbot	258
b) Angemessenheit	260
3. Vergütungsformen und Vergütungssysteme	262
a) Festgehalt	262
b) Tantiemen	263
c) Beteiligungsmodelle	265
d) Altersversorgung	266
e) Sonderformen der Vergütung	271
4. Sozialversicherungsrechtliche Stellung des Geschäftsführers	273
III. Abberufung und Kündigung des Anstellungsvertrages	274
1. Abberufung	274
2. Kündigungsrechte und Kündigungsschutz	276
3. Vereinbarte Beendigung des Vertrages	278
4. Steuerliche Behandlung von Abfindungen	278
B. Rechte, Pflichten und Aufgaben der Geschäftsführer	279
I. Rechtliches Dürfen und Können der Geschäftsführer	279
1. Geschäftsführung	279
a) Gesetzliche Regeln	279
b) Beschränkung der Geschäftsführung	280
c) Rechtswidrige Beschränkungen der Geschäftsführung	281
d) Mitbestimmung und Geschäftsführung	282
2. Vertretung der Gesellschaft	283
a) Gesetzlicher Umfang der Vertretungsbefugnis	283
b) Vertretungsregelung bei Mehrheit von Geschäftsführern	285
c) Selbstkontrahieren	287
3. Allgemeine Schranken der Geschäftsführung und Vertretung	289
a) Treupflicht	289
b) Wettbewerbsverbot	289
II. Pflichten und Aufgaben der Geschäftsführer	291
1. Internes Kontrollsystem, Risikofrüherkennung und Corporate Governance	291
2. Rechnungslegung	293
3. Auskunftspflicht gegenüber den Gesellschaftern	293
4. Formalpflichten	293
a) Anmeldungen und Anzeigen	293
b) Angabepflichten auf Geschäftsbriefen	294
c) Einberufung der Gesellschafterversammlung	295

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

5. Steuerliche Pflichten	295
a) Pflichten in der laufenden Besteuerung	295
b) Pflichten in der Betriebsprüfung	296
6. Pflichten des Geschäftsführers bei Verlust der Hälfte des Stammkapitals, bei Zahlungsunfähigkeit, Überschuldung und drohender Zahlungsunfähigkeit	297
a) Verlust der Hälfte des Stammkapitals	297
b) Pflichten des Geschäftsführers bei Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung der GmbH	297
C. Risiken aus der Geschäftsführertätigkeit	298
I. Haftung	298
1. Haftung gegenüber der Gesellschaft	298
a) Haftung nach § 43 GmbHG	298
b) Haftung bei Insolvenzverschleppung (§ 64 S. 1 und 2 GmbHG, § 15a Abs. 1 InsO)	300
c) Erweiterte Geschäftsführerhaftung nach § 64 S. 3 GmbHG	302
d) Weitere Haftungstatbestände des GmbH-Rechts	303
e) Haftung aus unerlaubter Handlung	303
2. Haftung gegenüber den Gesellschaftern und Dritten	303
a) Ansprüche der Gesellschafter	303
b) Ansprüche Dritter	304
3. Haftung der Gesellschaft für Handeln der Geschäftsführer	308
4. Beschränkung der Haftung der Leitungsorgane durch Umsetzung von Corporate Governance-Standards	308
5. Versicherbarkeit	309
II. Strafrechtliche Verantwortlichkeit der Geschäftsführer	309
1. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten des Bilanzrechts (§§ 331, 334 HGB)	309
2. Verspätete oder unterlassene Anmeldung der Insolvenz	310
3. Insolvenzstraftaten	310
4. Untreuestrafbarkeit	311
 § 6 Der Aufsichtsrat/Beirat (Müller)	
A. Einführung	315
I. Vorbemerkung	315
II. Bedeutung und Verbreitung	315
III. Begriffsbestimmungen und Abgrenzungen	316
1. Der fakultative Aufsichtsrat	316
2. Der obligatorische Aufsichtsrat	317
a) Drittelbeteiligungsgesetz	317
b) Mitbestimmungsgesetz 1976	318
c) Montan-Mitbestimmungsgesetz 1951 und Mitbestimmungser- gänzungsgesetz 1956	319
d) Feststellung des anzuwendenden Aufsichtsratssystems	319
e) Koexistenz anderer Gremien neben dem obligatorischen Auf- sichtsrat	320
3. Der Beirat	321
4. Der Gesellschafterausschuss	324
5. Beratungsverträge	325

B. Der fakultative Aufsichtsrat/Beirat	326
I. Grundsatz der Gestaltungsfreiheit	326
II. Zusammensetzung und persönliche Voraussetzungen	327
III. Bestellung, Amtszeit und Abberufung	328
IV. Innere Ordnung, Beschlussfassung und Beschlusskontrolle	330
1. Innere Ordnung	330
2. Beschlussfassung	331
3. Beschlusskontrolle	333
V. Aufgaben und Kompetenzen	335
1. Überblick	335
2. Überwachung der Geschäftsführung	335
3. Prüfung des Jahresabschlusses	336
4. Einberufung der Gesellschafterversammlung und Vertretung gegenüber der Geschäftsführung	338
5. Einfluss auf die Geschäftsführung	338
6. Übertragung von Befugnissen der Gesellschafterversammlung	339
7. Informationsrechte des Aufsichtsrats/Beirats	340
VI. Rechtsstellung und Vergütung	341
1. Rechtsstellung	341
2. Vergütung	342
3. Steuerliche Behandlung	343
a) Bei der GmbH	343
b) Bei den Aufsichtsräten/Beiräten	344
VII. Verantwortlichkeit	346
C. Der obligatorische Aufsichtsrat	350
I. Vorbemerkung	350
II. Der AR nach dem DrittelbG	351
1. Grundlagen	351
2. Maßgebliche Arbeitnehmerzahl	352
3. Die Bildung des Aufsichtsrats	353
4. Mitgliederzahl und Zusammensetzung	354
5. Bestellung	355
6. Amtszeit und Abberufung	356
7. Innere Ordnung, Beschlussfassung und Beschlusskontrolle	357
8. Aufgaben und Kompetenzen	358
a) Überwachung der Geschäftsführung	358
b) Prüfung des Jahresabschlusses	359
c) Geschäftsführung und zustimmungspflichtige Geschäfte	359
d) Anwendung der Regeln über den fakultativen Aufsichtsrat	360
III. Der AR nach dem MitbestG	360
1. Grundlagen	360
2. Maßgebliche Arbeitnehmerzahl	361
3. Größe und Zusammensetzung	362
4. Aufgaben und Kompetenzen	362
a) Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer	362
b) Anstellungsverträge mit den Geschäftsführern	363
c) Vertretung der Gesellschaft	363
d) Ausübung von Beteiligungsrechten	364
f) Innere Ordnung und Beschlussfassung	365

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

IV. Rechtsstellung und Vergütung	365
1. Rechtsstellung	365
2. Steuerliche Behandlung der Vergütung	366
D. Der Prüfungsausschuss	366
I. Sonderregelung für die kapitalmarktorientierte GmbH	366
II. Prüfungsausschuss bei Vorhandensein eines Aufsichtsrats	366
1. Obligatorischer Aufsichtsrat	366
2. Fakultativer Aufsichtsrat	367
III. Prüfungsausschuss bei Fehlen eines Aufsichtsrats	368
1. Grundsatz	368
2. Zusammensetzung	368
3. Kompetenzen	369
E. Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (D&O)	369
I. Allgemeine Überlegungen	369
II. Ausgestaltung	369
III. Steuerliche Behandlung	370
§ 7 Finanzierung durch Gesellschafter (Schwaiger)	
A. Vorbemerkung	373
B. Kapitalerhöhung	376
I. Überblick	376
1. Begriff der Kapitalerhöhung	376
2. Arten der Kapitalerhöhung	377
a) Kapitalerhöhung durch Zuführung neuer Mittel	377
b) Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	377
c) Kombination der beiden Kapitalerhöhungsarten	377
3. Motive für eine Kapitalerhöhung	378
II. Ablauf der Kapitalerhöhung durch Zuführung neuer Mittel	379
1. Beschlussfassung der Kapitalerhöhung	379
a) Erhöhungsbeschluss	379
b) Zulassungsbeschluss	381
c) Genehmigtes Kapital	382
2. Durchführung der Kapitalerhöhung	383
a) Übernahmevertrag	383
b) Aufbringung des erhöhten Stammkapitals	384
c) Anmeldung und registergerichtliches Verfahren	386
3. Folgen der Kapitalerhöhung	386
a) Auswirkungen bei der GmbH	386
b) Auswirkungen beim Gesellschafter	386
III. Ablauf der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	389
1. Beschlussfassung der Kapitalerhöhung	389
a) Form	389
b) Voraussetzungen	389
c) Inhalt	391
2. Anmeldung der Kapitalerhöhung und registergerichtliches Verfahren	391
3. Folgen der Kapitalerhöhung	392
a) Auswirkungen bei der GmbH	392
b) Auswirkungen beim Gesellschafter	392

C. Nachschüsse	393
I. Überblick	393
II. Beschränkte und unbeschränkte Nachschusspflicht	394
1. Begründung der Nachschusspflicht	394
2. Zahlung der Nachschüsse	394
a) Einforderung	394
b) Bilanzielle Behandlung	395
c) Rechte des Gesellschafters	396
d) Steuerliche Behandlung	396
3. Rechtsfolgen bei Säumnis	396
a) Bei beschränkter Nachschusspflicht	396
b) Bei unbeschränkter Nachschusspflicht	397
4. Rückzahlung von Nachschüssen	399
a) Voraussetzungen und Rechtsfolgen	399
b) Steuerliche Behandlung	399
D. Nebenleistungen	400
I. Überblick	400
II. Inhalt und rechtliche Behandlung der Nebenleistungen	401
1. Leistungsinhalt	401
2. Mitgliedschaftliche Bindung	402
3. Abwicklung der Leistungspflichten	403
a) Einforderung	403
b) Ausführungsvertrag	403
c) Bilanzielle und steuerliche Behandlung	403
d) Leistungsstörungen	404
e) Rückzahlung	405
E. Verdeckte Einlagen	406
I. Überblick	406
II. Verdeckte Zuführungen von Eigenkapital	406
1. Handelsrecht	406
a) Offene Einlagen	406
b) Verdeckte Einlagen	407
2. Steuerrecht	408
a) Begriff der verdeckten Einlage	408
b) Steuerliche Behandlung	411
F. GmbH & Still	417
I. Überblick	417
II. Die stille Gesellschaft	418
1. Begründung	418
2. Gesetzliche und vertragliche Ausgestaltung	419
a) Typische stille Gesellschaft	419
b) Atypische stille Gesellschaft	421
3. GmbH-Beteiligung und stille Beteiligung	422
4. Bilanzielle Behandlung	423
5. Steuerliche Behandlung	424
a) Ertragsteuern	424
b) Substanzsteuern	429
6. Übertragung und Auflösung der stillen Gesellschaft	430

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

G. Genussrechte	431
I. Überblick	431
II. Behandlung der Finanzierungs-Genussrechte	432
1. Entstehung	432
2. Inhalt	433
a) Rechtsnatur und Ausgestaltung des Genussrechts	433
b) Verhältnis zum Gesellschaftsrecht	435
c) Übertragbarkeit	435
d) Haftung	436
3. Bilanzielle Behandlung	436
a) Bei der Gesellschaft	436
b) Beim Genussrechtsinhaber	438
4. Steuerliche Behandlung	439
a) Ertragsteuern	439
b) Substanzsteuern	443
5. Beendigung	444
H. Darlehensfinanzierung	445
I. Überblick	445
II. Zivilrechtliche Behandlung	446
III. Bilanzieller Ausweis	446
IV. Steuerliche Behandlung	447
1. Einkommen-/Körperschaftsteuer	447
2. Gewerbeertragsteuer	448
 § 8 Kapitalerhaltung (Jung/Otto)	
A. Erhaltung des Stammkapitals	451
I. Überblick zu §§ 30 und 31 GmbHG	451
II. Das Auszahlungsverbot (§ 30 GmbHG)	453
1. Verminderung des zur Erhaltung des Stammkapitals erforderlichen Vermögens	453
2. Ermittlung des Vermögens	455
a) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	456
b) Abweichungen vom Jahresabschluss	458
3. Maßgeblicher Zeitpunkt	458
4. Verfahren der Ermittlung des Vermögens	459
5. Zulässige und unzulässige Leistungen	459
a) Austauschgeschäft und Drittgeschäfte	459
b) Leistungsäquivalenz im Rahmen des § 30 GmbHG	460
c) Verbindlichkeiten und Sicherheiten zugunsten eines Gesellschafters	462
d) Erwerb eigener Anteile und Einziehung von Anteilen	463
e) Steuerliche verdeckte und offene Gewinnausschüttungen	464
6. Zahlungsempfänger	465
a) Gesellschafter als Leistungsempfänger	465
b) Dritte als Leistungsempfänger	466
7. Gültigkeit des Geschäfts, Leistungsverweigerungsrecht	467
a) Maßgeblichkeit der objektiven Vermögenslage	467
b) Wirkung gegenüber Dritten	468
III. Erstattungspflicht und Haftung (§ 31 GmbHG)	469
1. Erstattungsberechtigter	469

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

2. Anspruchsgegner	469
a) Gesellschafter	469
b) Dritte als Anspruchsgegner	470
c) Nahestehende Personen und verbundene Unternehmen	471
3. Inhalt des Erstattungsanspruchs	471
a) Rückgewähr von Zahlungen und anderen Leistungen	471
b) Durchsetzung des Anspruchs	473
c) Steuerliche Behandlung der Erstattung	473
4. Guter Glaube und Gläubigerschutz	474
a) Anforderungen an den Gutgläubensschutz	474
b) Erforderlichkeit der Erstattung	475
5. Haftung der Mitgesellschafter	476
a) Doppelte Subsidiarität	476
b) Gesellschafterstellung	476
c) Inhalt und Umfang der Haftung	477
d) Steuerliche Behandlung der Haftung	478
6. Beweislast	478
7. Erlass	478
8. Verjährung	479
9. Haftung der Geschäftsführer	480
a) Schadensersatzpflicht gegenüber der Gesellschaft	480
b) Ersatzpflicht ggü. den haftenden Gesellschaftern	480
c) Konkurrierende Gesellschafterhaftung	481
d) Rückgriff	481
e) Steuerliche Behandlung der Haftung	481
10. Anspruchskonkurrenzen	482
IV. Gutgläubig bezogene Gewinnanteile	482
1. Überblick zu § 32 GmbHG	482
2. Voraussetzungen des § 32 GmbHG	483
a) Begünstigte Gewinnanteile	483
b) Rückforderungsanspruch der Gesellschaft	484
c) Gutgläubigkeit des Gesellschafters	485
d) Beweislast	485
3. Rechtsfolgen	486
a) Gutgläubigkeit	486
b) Bösgläubigkeit	486
c) Steuerliche Behandlung der Dividendenerstattung	487
d) Gewinnauszahlung an Dritte	488
B. Kapitalherabsetzung	489
I. Überblick zu § 58 bis § 58 f GmbHG	489
II. Zwecke der Kapitalherabsetzung	490
1. Rückzahlung und Erlass von Einlagen	490
2. Abfindung	491
3. Einstellung in Rücklagen	491
4. Beseitigung einer Unterbilanz	491
5. Sanierung	492
III. Kapitalherabsetzungsbeschluss	492
1. Änderung des Gesellschaftsvertrages	492
2. Inhalt des Beschlusses bei ordentlicher Kapitalherabsetzung	493
a) Zweck der Kapitalherabsetzung	493

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

b) Höhe der Kapitalherabsetzung	493
c) Auswirkungen auf Geschäftsanteile	494
3. Inhalt des Beschlusses bei vereinfachter Kapitalherabsetzung	495
a) Zweck der Kapitalherabsetzung	495
b) Höhe der Kapitalherabsetzung	495
c) Auswirkungen der Kapitalherabsetzung	496
IV. Durchführung der ordentlichen Kapitalherabsetzung	496
1. Gläubigerschutz	496
a) Bekanntmachung und Gläubigeraufruf	496
b) Einzelmitteilungen	497
c) Widerspruchsrecht der Gläubiger	498
2. Anmeldung zum HR	498
a) Sperrfrist	498
b) Anmeldung	498
c) Versicherung	499
3. Eintragung und Veröffentlichung	499
4. Vollzug der ordentlichen Kapitalherabsetzung	500
a) Rechnungslegung	500
b) Sonstige Rechtshandlungen der Geschäftsführung	500
c) Vorzeitige Zahlung	500
V. Durchführung der vereinfachten Kapitalherabsetzung	502
1. Zulässigkeit der vereinfachten Kapitalherabsetzung	502
2. Anpassung der Nennbeträge	503
3. Eintragung ins HR	504
4. Verwendung der gewonnenen Beträge	504
a) Einstellung in die Kapitalrücklage	504
b) Ausschüttungsbeschränkungen für Mehrbeträge	506
c) Beschränkung der zukünftigen Gewinnausschüttung	507
5. Rückbeziehung der Kapitalherabsetzung	508
VI. Vereinfachte Kapitalherabsetzung mit gleichzeitiger Kapitalerhöhung	509
VII. Steuerliche Behandlung der Kapitalherabsetzung nach dem Halbeinkünfteverfahren	511
C. Regeln über Gesellschafterdarlehen	512
I. Entstehungsgeschichte	512
II. Regelungen zu Gesellschafterdarlehen im Insolvenzrecht	513
1. Allgemeine Regelungen	513
2. Regelungen in der Insolvenzordnung	513
3. Sanierungsprivileg	514
4. Kleinbeteiligtenprivileg	514
III. Regelungen zu Gesellschafterdarlehen im Anfechtungsrecht	514
IV. Vereinfachtes Zustellungsrecht	515
 § 9 Rechnungslegung (Langseder)	
A. Einleitung	518
B. Buchführung	522
I. Buchführungspflicht	522
II. Anforderungen an die Buchführung	524
1. Buchführungsgrundsätze	524
2. Buchführungssystem und Buchführungsformen	525

Inhaltsverzeichnis	Inhalt
III. Ort der Buchführung	528
IV. Aufbewahrungspflichten	529
V. Folgen von Verstößen gegen die Buchführungspflicht	532
C. Inventar	533
I. Inhalt und Aufgabe	533
II. Inventur	534
III. Ausnahmen von der jährlichen Bestandsaufnahme	536
D. Eröffnungsbilanz	536
E. Jahresabschluss	540
I. Aufstellungspflicht, Aufgaben des Jahresabschlusses, Geschäftsjahr	540
II. Größenklassen, kapitalmarktorientierte GmbHs, Befreiung von den Rechnungslegungsvorschriften für Kapitalgesellschaften	542
III. Verantwortlichkeit der Geschäftsführer	549
IV. Aufstellungsfrist	551
V. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	551
1. Gesetzliches Gliederungsschema	551
2. Gliederungsgrundsätze und Ausweiswahlrechte	557
3. Besondere Bilanzierungsvorschriften des GmbHG	561
4. Darstellung der Ergebnisverwendung	564
5. Exkurs: E-Bilanz	566
VI. Anhang	574
F. Lagebericht	585
G. Konzernrechnungslegung	596
I. Inhalt und Aufgaben	596
II. Aufstellungspflicht	597
1. Mögliche Beherrschung als Grundtatbestand	598
2. Unwiderlegbare Beherrschungsvermutungen	600
3. Gemeinschaftsunternehmen und Gleichordnungskonzerne	602
4. Befreiung von der Aufstellungspflicht	603
5. Unterzeichnung, Folgen bei nicht fristgerechter Aufstellung	604
III. Wesentliche Aufstellungsgrundsätze	605
1. Maßgebende Rechnungslegungsvorschriften	605
2. Einzubeziehende Unternehmen (Konsolidierungskreis)	606
3. Vollkonsolidierung	607
4. Quotenkonsolidierung	611
5. Equity-Methode	612
IV. Konzernanhang, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalspiegel, Segment- berichterstattung und Konzernlagebericht	614
V. Sanktionen	618
H. Prüfung	619
I. Prüfungspflicht	619
II. Gegenstand und Umfang der Abschlussprüfung	620
III. Bestellung des Abschlussprüfers	622
1. Wahl des Abschlussprüfers	623

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

2. Prüfungsauftrag	625
3. Änderungen in der Person des Abschlussprüfers	626
IV. Einsichts- und Auskunftsrechte	627
V. Prüfungsergebnis	629
1. Prüfungsbericht	629
2. Bestätigungsvermerk	632
VI. Nachtragsprüfung	635
VII. Verantwortlichkeit des Abschlussprüfers	636
1. Gesetzliche Pflichtprüfung	636
2. Freiwillige Prüfung	638
VIII. Prüfungsausschuss bei kapitalmarktorientierten Gesellschaften	639
J. Vorlagepflichten	640
K. Feststellung des Jahresabschlusses	644
I. Feststellungsbeschluss	644
II. Änderung des festgestellten Jahresabschlusses	646
III. Nichtigkeit und Anfechtbarkeit des festgestellten Jahresabschlusses	649
L. Publizität	654
 § 10 Ergebnisermittlung und Ergebnisverwendung <i>(Siemers/Birnbaum)</i>	
A. Vorbemerkung	669
B. Ergebnisermittlung	670
I. Ergebnisermittlungsregeln	670
1. Einleitung	670
2. Erträge einer Körperschaft aus offenen Gewinnausschüttungen	671
3. Erträge einer Körperschaft aus verdeckten Gewinnausschüttungen (vGA)	671
4. Erträge aus der Veräußerung von Beteiligungen	672
5. Erträge aus der Veräußerung von Organbeteiligungen	673
6. Abzugsverbot gem. § 8 b Abs. 3 KStG	674
7. Berücksichtigung des § 8 b KStG bei der Gewerbesteuer	674
8. Teilwertabschreibungen und -zuschreibungen auf Beteiligungen	674
9. Teilwertabschreibung auf Forderungen an Beteiligungsgesellschaften	675
10. Beteiligungen an Personengesellschaften	676
II. Gestaltungsmöglichkeiten bei der Bilanzierung	676
1. Einleitung	676
2. Kompetenzen	677
3. Grundsätze der Bilanzierung nach BilMoG	677
a) Grundsatz der wirtschaftlichen Zurechnung	677
b) Grundsatz der Ansatzstetigkeit	678
c) Verrechnung von Vermögensgegenständen und Schulden nach § 246 Abs. 2 S. 2 HGB nF	678
d) Aktivierung der nicht entgeltlich erworbenen Gegenstände des Anlagevermögens	678
e) Abschaffung der umgekehrten Maßgeblichkeit	679
4. Ansatz- und Bewertungswahlrechte	679
a) Wegfall von Bilanzierungswahlrechten nach dem BilMoG	679

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

b) Aktive Steuerabgrenzung	680
c) Passive Steuerabgrenzung	681
d) Pensionsrückstellungen	682
e) Drohverlustrückstellungen	682
f) Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	683
5. Bewertung nach BilMoG	683
a) Bilanzierung von Finanzinstrumenten	683
b) Bildung von Bewertungseinheiten	684
c) Rückstellungsbewertung	684
d) Außerplanmäßige Abschreibungen	684
e) Währungsumrechnung	685
f) Bewertungswahlrecht bei der Ermittlung der Herstellungskosten	685
g) Aktivierung von Zinsen	685
h) Bewertungsstetigkeit und § 255 HGB	686
6. Methodenwahlrechte	686
a) AfA-Methoden	687
b) Bewertung geringwertiger Wirtschaftsgüter bzw. Vermögens- gegenstände	688
c) Bewertung des Umlaufvermögens	689
7. Bewertungsstetigkeit	690
a) Bewertungsstetigkeit als GoB	690
b) Abweichungen vom Grundsatz der Bewertungsstetigkeit	690
c) Grundsatz der Bewertungsstetigkeit bei Gegenständen einer Gattung	691
8. Zuschreibungen	691
III. Beeinflussung des Gewinns durch Sachverhaltsgestaltung	691
1. Ausgliederung: Grundsätze	691
2. Ausgliederung auf eine Personengesellschaft	692
3. Ausgliederung auf eine Kapitalgesellschaft	693
4. Forderungsverzicht gegen Besserungsschein	694
a) Ebene der Gesellschaft	694
b) Ebene des Gesellschafters	695
C. Ergebnisverwendung	695
I. Formen der Ergebnisverwendung	695
1. Vollausschüttung oder Thesaurierung	695
2. Missbräuchliche Thesaurierung	696
3. Sonderfälle der Ergebnisverwendung	697
a) Vorzugsrechte	697
b) Disquotale Ausschüttung	698
c) Dividendengarantie/Festverzinsung	698
d) „Entnahmerecht“	699
e) Weitere Modelle der Steuerung des Gewinnzuflusses	700
4. Schütt-Aus-Hol-Zurück-Verfahren	700
5. Vorabausschüttungen	701
a) Definition	701
b) Voraussetzungen	701
c) Vorbehalt der Rückzahlung	701
d) Zwischenbilanz/Voraussetzung	702
e) Steuerliche Behandlung der Vorabausschüttung	702
6. Aufhebung von Gewinnverwendungsbeschlüssen	703
a) Wirksamer Aufhebungsbeschluss	703

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

b) Steuerliche Auswirkung der Aufhebung	704
c) Steuerliche Auswirkung bei Nichtigkeit	704
II. Verfahrensablauf	705
1. Normalstatut	705
a) Aufstellung des Jahresabschlusses durch den Geschäftsführer	705
b) Vorlegungspflicht	705
c) Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung	706
d) Verzögerung der Feststellung des Jahresabschlusses	706
e) Fehlerhafter Jahresabschluss	706
f) Folgen eines fehlerhaften Jahresabschlusses	707
2. Abweichende Regelung	707
a) Delegation auf andere Gremien oder Personen	707
b) Delegation auf den gesetzlich vorgeschriebenen Aufsichtsrat	708
3. Kompetenzverteilung bei der Bilanzierung	708
a) Grenzen des Weisungsrechts der Gesellschafterversammlung	709
b) Meinungsverschiedenheiten zwischen Gesellschaftern und Geschäftsführern	710
c) Änderung der Satzung zugunsten des Geschäftsführers	710
III. Übergangsregelung, wenn die Gewinnverwendungsregelung im Gesellschaftsvertrag auf § 29 GmbHG aF beruht	710
1. Die Übergangsregelung im Einzelnen	711
a) Unbegrenzte Fortgeltung des Vollausschüttungsgebots	711
b) Beibehaltung des Vollausschüttungsanspruchs	711
2. Beschluss über die Anpassung und Minderheitenrechte	712
D. Gewinnanspruch	712
I. Gewinnanspruch und Grundsätze der Ergebnisverteilung	712
1. Definition des Gewinnanspruchs	712
2. Grundsätze der Ergebnisverwendung	713
a) Im Verhältnis der Geschäftsanteile zueinander	713
b) Eingezogene Anteile	713
c) Abweichender Aufteilungsmaßstab nach Gesellschaftsvertrag	713
d) Nachträgliche Abänderung des Gewinnverteilungsmaßstabes	713
II. Gegenstand des Gewinnanspruchs	714
1. Gewinnvortrag	715
2. Einstellung in die Gewinnrücklage	715
3. Gewinnanspruch bei teilweiser Ergebnisverwendung	715
4. Gewinnbeteiligung Dritter	715
a) Tantiemen	716
b) Partiarische Rechtsverhältnisse	716
c) Genussrechte	716
5. Ausschüttungssperren	716
6. Änderung der Bilanz bei abweichender Gewinnausschüttung	717
III. Zeitgleiche Aktivierung des Gewinnanspruchs	717
1. Handelsrechtlich	718
2. Steuerrechtlich	718
IV. Auszahlungsanspruch	719
1. Forderungsrecht	719
2. Fälligkeit, Verjährung	719
V. Schicksal des Gewinnanspruchs beim Anteilsverkauf	719
1. Vertragliche Absprache	720

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

2. Verkauf mit Ausschüttungsanspruch durch eine natürliche Person als Gesellschafter	720
a) Verkauf einer nicht wesentlichen Beteiligung	720
b) Verkauf einer wesentlichen Beteiligung	721
3. Keine gesonderte Aktivierung des „gekauften“ Gewinnanspruchs	721
4. Vorabausschüttung durch die Verkäufer	722
VI. Einbehaltung der Kapitalertragsteuer durch die Gesellschaft	722
1. „Stehenlassen“ von Dividenden und Stundung des Auszahlungs- anspruchs	723
2. Anrechnung der Kapitalertragsteuer	723
3. Kapitalertragsteuer bei Ausschüttung an ausländische Körper- schaften als Gesellschafter	723
VII. Gewinnanspruch und §§ 30 ff. GmbHG	724
1. Verstoß gegen §§ 30, 31 GmbHG durch Gewinnausschüttung	724
2. Guthaben aus Ausschüttungsansprüchen als kapitalersetzende Darlehen	724
E. Verdeckte Gewinnausschüttung	725
I. Verdeckte Gewinnausschüttung (vGA) im Handelsrecht	725
1. Definition	725
2. Zulässigkeit der vGA	726
a) Absolute Grenzen der §§ 30, 31 GmbHG	726
b) Zulässigkeit einer vGA bei Mehrheitsbeschluss	726
c) Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes	727
d) Verzicht auf den Gleichbehandlungsgrundsatz durch Gesell- schaftsvertrag	727
e) Verletzung der Treuepflicht	727
f) Beseitigung des Verstoßes gegen die Treuepflicht	728
g) Zusammenfassung	728
3. Nichtigkeit und Anfechtbarkeit eines Gesellschafterbeschlusses über eine vGA	728
a) Nichtigkeit des Beschlusses	728
b) Anfechtbarkeit des Beschlusses	729
4. Rechtsfolgen der unzulässigen vGA	729
a) Rückforderungsansprüche der Gesellschaft	729
b) Ausgleichsansprüche der Gesellschafter gegen die Gesellschaft ...	731
c) Schadensersatzansprüche	731
d) Aktivierung des Rückforderungsanspruchs	732
5. Angabe der zulässigen vGA im Anhang der GmbH	732
II. Verdeckte Gewinnausschüttung (vGA) im Steuerrecht	732
1. Definition	732
2. „Rein steuerliche vGA“	733
3. Steuerliche Auswirkungen der vGA	733
a) Auswirkungen in der Steuerbilanz	733
b) Korrespondenzprinzip bei vGA	734
c) Kapitalertragsteuer bei vGA	734
d) Gewerbesteuerliche Auswirkungen	735
e) vGA und steuerlicher Verlustrücktrag	735
f) Umsatzsteuerliche Auswirkungen	735
g) Rückgängigmachung der vGA	736
h) Leistungen zwischen verbundenen Unternehmen als vGA	737
i) ABC der verdeckten Gewinnausschüttung	738

**§ 11 Die Ertragsbesteuerung der GmbH
und ihrer Anteilseigner (Sievert/Schulz)**

A. Die Ertragsteuern der Gesellschaft	758
I. Körperschaftsteuer	758
1. Einleitung	758
a) Die geschichtliche Entwicklung des Körperschaftsteuerrechts bis 2000	758
b) Änderungen durch die Unternehmensteuerreform 2001	759
c) Wesentliche gesetzgeberische Maßnahmen bis 2007	761
d) Unternehmensteuerreform 2008	762
e) Weitere Reformen bis 2013	764
f) Die Steuerbelastung der GmbH im internationalen Vergleich	765
g) Zuständigkeit und Körperschaftsteueraufkommen	766
2. Die allgemeinen Besteuerungsgrundsätze	767
a) Die GmbH als selbständiges Steuersubjekt	767
b) Überleitung vom Gewinn zum körperschaftsteuerlichen Einkommen	769
c) Die Besteuerung des Einkommens	776
d) Übergangsregelungen	777
3. Sonderaspekte bei der laufenden Besteuerung	788
a) Verlustverrechnung	788
b) Steuerfreie, steuerbegünstigte und tarifbesteuerte Einnahmen	799
c) Auswirkungen von verdeckten Gewinnausschüttungen (vGA)	800
d) Gesellschafterfremdfinanzierung	801
e) Steuerbelastung bei Ausschüttung ohne ausreichendes verwendbares Eigenkapital	816
f) Steuerliche Fördermaßnahmen: Investitionszulagengesetz 2007 ..	817
g) Sonstige Fördergesetze	820
4. Die steuerfreie GmbH	821
a) Die gemeinnützige GmbH.....	821
b) Die Unterstützungs-GmbH	822
c) Beginn und Erlöschen einer Steuerbefreiung	823
5. Die Körperschaftsteuer der GmbH im Veranlagungszeitraum	823
a) Entstehung der Körperschaftsteuer	823
b) Schema: Ermittlung der Körperschaftsteuer des Veranlagungszeitraums	824
6. Besteuerungsverfahren	825
a) Allgemeines	825
b) Steuererklärungspflicht	825
c) Durchführung der Besteuerung (Veranlagung)	825
7. Verfahren bei Gewinnausschüttungen	826
a) Einbehaltung und Abführung von Kapitalertragsteuer	826
b) Bescheinigungen	827
c) Haftungsfragen	827
II. Der Solidaritätszuschlag	828
III. Die Gewerbebeertragsteuer	828
1. Einleitung	828
2. Die allgemeinen Besteuerungsgrundsätze	830
a) Bemessungsgrundlage und Steuerfestsetzung	830
b) Begründung und Beendigung der Steuerpflicht	830

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

c) Überleitung vom körperschaftsteuerpflichtigen Einkommen zum Gewerbeertrag	831
d) Ermittlung des Steuermessbetrages aus Gewerbeertrag	836
e) Festsetzung, Erhebung und Entrichtung der Gewerbesteuer	837
f) Zerlegung des Steuermessbetrages	838
g) Die gewerbesteuerliche Organschaft	838
B. Besteuerung der Gesellschaft	839
I. Das Problem der Doppelbesteuerung	839
II. Vermeidung und Verminderung der Doppelbesteuerung ohne Doppelbesteuerungsabkommen	839
1. Entlastung durch die Anrechnungsmethode	839
2. Die direkte Anrechnung	840
3. Die indirekte Anrechnung	841
III. Vermeidung und Verminderung der Doppelbesteuerung durch Dop- pelbesteuerungsabkommen	841
1. Die Rechtsnatur der Doppelbesteuerungsabkommen	841
2. Die Bedeutung der Ansässigkeit	842
3. Die Zuordnung zu den DBA-Einkunftsarten	843
4. Die direkte Anrechnung nach DBA	845
5. Die Freistellungsmethode nach DBA	846
IV. Einschränkungen bei der Ausnutzung des internationalen Steuer- gefälles	847
1. Steuerminderung durch Gewinnverlagerung	847
a) Einführung einer allgemeinen Entstrickungs-/Verstrickungsregel	848
b) Dokumentation und Angemessenheit von Verrechnungspreisen	850
2. Investitionen in ausländischen Betriebsstätten	852
a) Einkommensermittlungsprobleme	852
b) Probleme der Verlustkompensation	854
3. Investitionen in ausländischen Kapitalgesellschaften	855
a) Allgemeines	855
b) Basisgesellschaften	855
c) Verrechnungspreiskorrekturen	856
4. Die Besteuerung von Zwischengesellschaften nach dem Außensteuergesetz	859
V. Besondere Verfahrensvorschriften für die grenzüberschreitende Besteuerung	864
1. Mitwirkungspflichten	864
2. Amts- und Rechtshilfe	866
3. Verständigungsverfahren	868
C. Ertragsteuern des Gesellschafters aus seiner Beteiligung	870
I. Einleitung	870
II. Unbeschränkt steuerpflichtiger Gesellschafter	871
1. Natürliche Personen/Personengesellschaften	871
a) Einführung der Abgeltungssteuer, Teileinkünfteverfahren	871
b) Behandlung der vGA	875
c) Halb-/Teileinkünfteverfahren für Dividenden	876
2. Kapitalgesellschaften als Anteilseigner	876
a) Unmittelbare Beteiligungen an einer GmbH	876
b) Mittelbare Beteiligung an einer GmbH über eine Personen- gesellschaft	878

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

III. Beschränkt steuerpflichtige Gesellschafter	878
IV. Behandlung der Kapitalertragsteuer	879
V. Gewerbesteuer	881

§ 12 Der Geschäftsanteil im Rechtsverkehr (Schacht)

A. Veräußerung von GmbH-Geschäftsanteilen	884
I. Gesellschaftsrecht	884
1. Überblick	884
2. Kaufverhandlungen/Information des Käufers	885
a) Vertragsanbahnung	885
b) Ansprüche aus Vertragsverhandlungen/Abbruch von Verhandlungen	886
c) Aufklärungspflicht/Schutzpflichten/Schadenersatz	886
d) Prüfung der Gesellschaft (Due Diligence)/Auskunftserteilung an den Käufer	889
3. Das gesetzliche System der Gewährleistungen beim Kauf von GmbH-Geschäftsanteilen	892
4. Verpflichtungsgeschäft	893
a) Form	893
b) Formbedürftige Verpflichtungsgeschäfte	894
c) Formfreie Abtretungsverpflichtungen	896
d) Formpflicht bei gesellschaftsrechtlichen Vorgängen	897
e) Umfang der Formpflicht	898
f) Heilung bei Verstoß gegen Formvorschriften	898
5. Die Abtretung des GmbH-Geschäftsanteils	899
a) Vertrag und Inhalt	899
b) Form und Umfang des Formzwangs	901
c) Formfreie Geschäfte	902
d) Folge des Verstoßes gegen die Formvorschrift	902
e) Einschränkung der Abtretbarkeit (Vinkulierung)	903
f) Wirkung der Abtretung	906
g) Rechtswirkungen nichtiger Abtretungen	907
6. Gutgläubiger Erwerb von Geschäftsanteilen	908
7. Vollmacht/Genehmigung	909
8. Aufnahme des Erwerbers in die Liste der Gesellschafter	909
9. Veräußerung von Teilen an Geschäftsanteilen	912
10. Zusammenlegung von Geschäftsanteilen	913
II. Steuerrecht	913
1. Einkommensteuer/Körperschaftsteuer/Gewerbesteuer	913
2. Umsatzsteuer	913
3. Grunderwerbsteuer	914
a) Anteilsvereinigung	914
b) Anteilsvereinigung im Organkreis	916
c) Rückgängigmachung bzw. Rückerwerb	916
B. Nießbrauch an GmbH-Geschäftsanteilen	917
C. Unterbeteiligung am GmbH-Geschäftsanteil	920
I. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	920
II. Beendigung der Unterbeteiligung	921

Inhaltsverzeichnis	Inhalt
III. Ertragsteuerliche Behandlung	922
1. Typische Unterbeteiligung	922
2. Atypische Unterbeteiligung	923
IV. Sonstige Steuern	924
D. Treuhand- und Sicherungsabtretung von GmbH-Geschäftsanteilen	924
I. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	924
1. Zulässigkeit	924
2. Form von Verpflichtungsgeschäft und Abtretung	925
3. Veräußerungsbeschränkungen	926
4. Wirkung der Treuhandabtretung	926
5. Insolvenz des Treugebers/Treuhänders	927
II. Steuerrechtliche Auswirkungen von Treuhandverhältnissen	928
1. Zurechnung beim Treugeber	928
2. Grunderwerbsteuer nach dem Treuhanderlass	929
E. Verpfändung von GmbH-Geschäftsanteilen	930
F. Besonderheiten bei Beteiligung Familienangehöriger	930
I. Beteiligung Minderjähriger	930
II. Eheliches Güterrecht	933
III. Steuerrechtliche Anforderungen bei Verträgen mit Familienan- gehörigen	934
G. Zwangsvollstreckung/Insolvenz	935
 § 13 Das Ausscheiden aus der GmbH (Müller/Maul)	
A. Übersicht	940
B. Einvernehmliches Ausscheiden	941
I. Begriffsbestimmung	941
II. Die Formen des Ausscheidens und die Auswahlkriterien (Übersicht) ...	942
1. Formen des Ausscheidens	942
2. Auswahlkriterien	942
a) Übersicht	942
b) Auswahlkriterien im Einzelnen	942
III. Ausscheiden durch Abtretung des Geschäftsanteils an Gesellschafter oder Dritte	949
1. Übersicht	949
2. Besonderheiten im Vergleich zu den übrigen Ausscheidensformen ..	949
IV. Ausscheiden durch Abtretung des Geschäftsanteils an die GmbH (Erwerb eigener Geschäftsanteile)	950
1. Übersicht und Vergleich mit anderen Ausscheidensformen	950
2. Gesetzliche Voraussetzungen des Kapitalschutzes	950
a) Kapitalaufbringung	950
b) Kapitalerhaltung	952
c) Umgehungsverbote	955
3. Gesellschaftsvertragliche Voraussetzungen – Vertragsvorschläge	956
4. Rechtsfolgen	956
5. Bilanzielle Auswirkungen	958
6. Kaufpreis	959
7. Verfahrensfragen	959

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

8. Verfahrenskosten	960
9. Zeitdauer des Verfahrens	960
10. Publizitätsfragen	960
11. Rechte Dritter am Geschäftsanteil	960
12. Der Erwerb aller eigenen Geschäftsanteile (sog. Kein-Mann-GmbH)	961
13. Veräußerung eigener Anteile	961
14. Steuerliche Folgen	962
a) Ertragsteuern	962
b) Erbschaft- und Schenkungsteuer	963
c) Grunderwerbsteuer beim Ausscheiden durch Anteilsvereinigung in einer Hand	963
V. Ausscheiden durch freiwillige Einziehung	964
1. Übersicht und Vergleich mit anderen Ausscheidensformen	964
2. Gesetzliche Anforderungen an den Gesellschaftsvertrag	964
3. Gesetzliche Voraussetzungen des Kapitalschutzes	965
a) Kapitalaufbringung	965
b) Kapitalerhaltung	965
4. Abfindung	966
5. Gesellschaftsvertragliche Voraussetzungen – Vertragsvorschläge	968
6. Rechtsfolgen	969
7. Bilanzielle Auswirkungen	970
8. Verfahrensfragen	970
9. Verfahrenskosten	971
10. Zeitdauer des Verfahrens	971
11. Publizitätsfragen	971
12. Rechte Dritter am Geschäftsanteil	972
13. Die Einziehung aller Geschäftsanteile (sog. Kein-Mann-GmbH)	972
14. Steuerliche Folgen	972
a) Ertragsteuern	972
b) Erbschaft- und Schenkungsteuer	972
c) Grunderwerbsteuer wegen Anteilsvereinigung zu 95% in einer Hand	973
VI. Ausscheiden durch Kapitalherabsetzung	973
1. Übersicht	973
2. Besonderheiten im Vergleich zu den übrigen Ausscheidensformen	973
VII. Steuerfolgen beim Ausscheiden von „lästigen Gesellschaftern“	974
1. Leistungen durch die GmbH	974
a) Nachweis der Lästigkeit des Gesellschafters	975
b) Nachweis der Erbringung von Abfindungsleistungen	975
c) Betriebliche Veranlassung der Zuzahlung	976
2. Leistungen durch andere Gesellschafter	976
3. Besteuerung des „lästigen Gesellschafters“	977
C. Streitiges Ausscheiden	977
I. Begriffsbestimmung	977
II. Ausscheiden auf Initiative der anderen Gesellschafter oder der GmbH	977
1. Ausschluss aus der GmbH	977
a) Kein allgemeines Ausschlussrecht	977
b) Ausschluss aus wichtigem Grund	978
c) Ausschlussrecht durch Gesellschaftsvertrag, insbesondere zwangsweise Einziehung	981

Inhaltsverzeichnis Inhalt

2. Ausschluss des mit der Einlage säumigen Gesellschafters (§§ 21 ff. GmbHG)	984
3. Ausschluss des mit einer unbeschränkten Nachschusspflicht säumigen Gesellschafters (§ 27 GmbHG)	984
III. Ausscheiden auf Initiative des Gesellschafters	985
1. Austritt aus der GmbH (Kündigung)	985
a) Austritt (Kündigung) aus wichtigem Grund	985
b) Austrittsrecht durch Gesellschaftsvertrag	986
2. Zurverfügungstellung des Geschäftsanteils bei unbeschränkter Nachschusspflicht (§ 27 GmbHG)	987
IV. Beschränkung der Abfindung im Gesellschaftsvertrag	987
1. Der gesetzliche Abfindungsanspruch	987
2. Zulässigkeit der Abfindungsbeschränkung im Gesellschaftsvertrag	988
a) Sittenwidrigkeit	988
b) Mittelbare Einschränkung des Austrittsrechts	990
c) Änderung der Geschäftsgrundlage	991
3. Abfindungsausschluss	991
V. Steuerfolgen des streitigen Ausscheidens	992
D. Gesellschaftsvertragliches Ausscheiden (sog. Automatikklauseln)	992
E. Erbschaft- und Schenkungsteuerprobleme durch Abfindungsklauseln	993
F. Grunderwerbsteuer bei Anteilsvereinigung zu 95% in einer Hand durch Ausscheiden	996

§ 14 Umwandlungen (Otto/Scholz)

A. GmbH als übernehmender Rechtsträger	1002
I. Verschmelzung auf die GmbH	1002
1. Kapitalgesellschaft auf GmbH	1002
a) Zivilrecht	1002
b) Steuerrecht	1016
2. Personengesellschaft auf GmbH	1025
a) Zivilrecht	1025
b) Steuerrecht	1028
II. Spaltung auf eine GmbH	1029
1. Zivilrecht	1029
a) Einleitung	1029
b) Kapitalgesellschaft auf GmbH	1031
c) Personengesellschaft auf GmbH	1044
d) Ausgliederung eines Einzelunternehmens auf eine GmbH	1046
2. Steuerrecht	1049
a) Spaltung iSd § 15 UmwStG	1050
b) Rechtsfolgen bei Fehlen der Teilbetriebsvoraussetzungen	1052
c) Missbrauchsregelungen des § 15 Abs. 2 UmwStG	1052
d) Auswirkungen auf bestehende Verlustvorträge	1054
e) Auswirkungen auf Organschaften	1054
III. Einbringung in eine GmbH (§§ 20 ff. UmwStG)	1055
1. Zivilrechtliche Anwendungsfälle	1055
2. Steuerrecht	1058
a) Einbringung Betrieb/Teilbetrieb	1059

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

b) Anteilstausch gem. § 21 UmwStG	1062
c) Einbringungsgewinn I	1063
d) Nachweispflichten, § 22 Abs. 3 UmwStG	1066
e) Einbringungsgewinn II	1067
f) Auswirkungen auf Organschaften	1067
IV. Formwechsel in die GmbH	1068
1. Formwechsel aus einer Kapitalgesellschaft	1068
a) Zivilrecht	1068
b) Steuerrecht	1075
2. Formwechsel aus einer Personengesellschaft	1075
a) Zivilrecht	1075
b) Steuerrecht	1079
B. GmbH als übertragender Rechtsträger	1079
I. Verschmelzung einer GmbH	1079
1. Zivilrecht	1079
a) Verschmelzung auf eine AG	1079
b) Verschmelzung auf eine Personenhandelsgesellschaft	1086
2. Steuerrecht	1088
a) Verschmelzung auf eine Kapitalgesellschaft	1088
b) Verschmelzung auf eine Personengesellschaft	1088
II. Spaltung einer GmbH	1092
1. Zivilrecht	1092
a) Spaltung auf eine AG	1092
b) Spaltung auf eine Personenhandelsgesellschaft	1095
2. Steuerrecht	1097
III. Formwechsel einer GmbH	1097
1. Zivilrecht	1097
a) Formwechsel GmbH in AG	1097
b) Formwechsel GmbH in Personenhandelsgesellschaft	1101
2. Steuerrecht	1106
a) Formwechsel GmbH in AG	1106
b) Formwechsel in Personenhandelsgesellschaft	1106
 § 15 Die GmbH in der Krise (Axhausen/Rieser)	
A. Krisenentstehung und Krisenverlauf	1108
B. Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	1109
I. Zahlungsunfähigkeit und drohende Zahlungsunfähigkeit	1109
II. Überschuldung	1113
C. Krise, Krisenfrüherkennung und Stabilisierung	1115
I. Krisen	1115
II. Krisenfrüherkennung	1117
III. Stabilisierung	1120
D. Sanierungsfähigkeit und Sanierungswürdigkeit	1121
I. Allgemeines	1121
II. Beurteilung der Sanierungsfähigkeit	1121
1. Wirtschaftliche Ausgangslage	1122
2. Konzeptinhalte	1125
a) Leistungswirtschaftliche Sanierung	1128

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

b) Finanzielle Sanierung	1129
3. Planverprobungsrechnung	1133
4. Umsetzung	1135
5. Absicherung des Sanierungserfolgs	1136
6. Integrierter Unternehmensplan	1137
III. Beurteilung der Sanierungswürdigkeit	1138
IV. Sanierungsprozess im formellen Verfahren	1138
E. Steuerliche Behandlung der Sanierung	1141
I. Allgemeines	1141
II. Zinsschranke	1142
III. Beteiligungserwerb zum Zweck der Sanierung	1143
IV. Forderungsverzicht	1144
V. Debt/Equity Swap	1146
VI. Debt Push Up	1147
VII. Schenkungssteuerliche Folgen	1148
F. Pflichten der Geschäftsführer in der Unternehmenskrise	1148
I. Allgemeines	1148
II. Einberufung der Gesellschafterversammlung	1149
III. Keine Zahlungen an die Gesellschafter vor Insolvenzzreife	1150
IV. Pflichten bei Eintritt der Insolvenzzreife	1151
V. Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens und Haftungsfragen	1152
VI. Jahresabschluss	1155
1. Aufstellungsfrist	1155
2. Ansatz und Bewertung	1155
3. Angaben im Anhang	1158
4. Berichterstattung im Lagebericht	1159
G. Pflichten des Aufsichtsrats und der Gesellschafter	1159
I. Aufsichtsrat	1159
II. Gesellschafter	1161
 § 16 Auflösung und Liquidation (Helm/Haaf)	
A. Vorbemerkungen	1165
B. Die Auflösung der GmbH	1166
I. Auflösungsgründe	1166
1. Auflösungsgründe, die zur Liquidation führen	1166
a) Auflösungsbeschluss der Gesellschafter	1166
b) Auflösung durch gerichtliches Urteil oder Verwaltungsakt	1168
c) Auflösung mit Rechtskraft einer Verfügung des Registergerichts	1169
d) Auflösung durch Nichtigkeitserklärung der Gesellschaft	1169
e) Auflösung durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder Ableh- nung der Eröffnung mangels Masse	1170
f) Erwerb oder Einziehung aller eigenen Anteile	1171
g) Sitzverlegung ins Ausland	1171
h) Statutarische Auflösungsgründe	1172

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

2. Auflösungsgründe, die nicht zur Liquidation führen	1174
a) Löschung der Gesellschaft wegen Vermögenslosigkeit	1174
b) Umwandlungssachverhalte	1174
II. Rechtsfolgen der Auflösung	1175
1. Auswirkungen auf die Gesellschaft	1175
2. Firma und anwendbares GmbH-Recht	1175
3. Stellung der Gesellschafterversammlung	1176
III. Fortsetzung der aufgelösten Gesellschaft	1176
1. Fortsetzungsvoraussetzungen	1176
2. Der Fortsetzungsbeschluss	1176
C. Das Liquidationsverfahren	1177
I. Träger der Liquidation	1177
II. Aufgaben des Liquidators	1178
1. Gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der Gesellschaft	1178
2. Anmeldung der Auflösung	1179
3. Bekanntgabe der Auflösung und Aufforderung an die Gläubiger	1179
4. Beendigung der laufenden Geschäfte und Eingehung neuer Geschäfte	1180
5. Erfüllung der Verpflichtungen der Gesellschaft	1181
6. Einziehen der Forderungen der Gesellschaft	1181
7. Versilbern des Vermögens der Gesellschaft	1182
8. Steuerrechtliche Pflichten	1183
9. Haftung und Entlastung des Liquidators	1184
III. Sperrjahr	1184
IV. Gewinnausschüttung	1185
V. Vermögensverteilung	1186
1. Der Anspruch auf Verteilung des Liquidationsüberschusses	1186
2. Der Verteilungsmaßstab	1187
D. Beendigung	1189
I. Zeitpunkt der Löschung im Handelsregister	1189
II. Aufbewahrung der Bücher und Schriften	1189
E. Rechnungslegung	1190
I. Allgemeines	1190
II. Schlussbilanz der werbenden GmbH	1190
III. Liquidationseröffnungsbilanz und Erläuterungsbericht	1191
1. Aufstellungszeitpunkt	1191
2. Bilanzierungsgrundsätze	1191
3. Erläuterungspflicht	1192
4. Prüfung und Offenlegung	1193
IV. Jahresabschlüsse und Lageberichte im Liquidationsverfahren	1193
V. Weitere Rechnungswerke	1194
1. Einnahmen-/Ausgabenrechnung	1194
2. Liquidationsschlussbilanz	1194
3. Liquidationsschlussrechnung	1195
F. Besteuerung in der Liquidation	1195
I. Ertragsteuern der Gesellschaft	1195
1. Besteuerungszeitraum	1195
2. Abwicklungsgewinn	1197

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

a) Allgemeines	1197
b) Abwicklungsanfangsvermögen	1197
c) Abwicklungsendvermögen	1198
d) Schema	1198
3. Auswirkungen der Vermögensverteilung auf die Körperschaft- steuer	1199
4. Besonderheiten der Gewerbesteuer	1199
II. Umsatzsteuer	1200
III. Grunderwerbsteuer	1200
IV. Besteuerung der Anteilseigner in der Liquidation	1201
1. Anteile im Privatvermögen	1202
2. Anteile im Betriebsvermögen	1203
a) Anteile im Betriebsvermögen eines Einzelunternehmens oder einer Personengesellschaft	1203
b) Anteile im Betriebsvermögen einer unbeschränkt steuerpflichti- gen Körperschaft	1204
3. Einbringungsgeborene bzw. sperrfristbehaftete Anteile	1204
4. Kapitalertragsteuer	1205
5. Erbschaftsteuer	1205
G. Liquidation und Auflösung bei einer Unternehmergeellschaft	1205
§ 17 Die GmbH im Konzern (Vögt)	
A. Überblick	1211
I. Rechtstatsachen/Rechtsquellen	1211
II. Grundlagen/Grundbegriffe	1212
1. §§ 15 ff. AktG	1212
a) Geltungsbereich	1212
b) Verbundene Unternehmen	1213
2. Mehrheitsbeteiligung (§ 16 AktG)	1213
a) Anteilsmehrheit (§ 16 Abs. 2 AktG)	1213
b) Stimmenvmehrheit (§ 16 Abs. 3 AktG)	1214
c) Zusammenrechnung von Anteilen (§ 16 Abs. 4 AktG)	1214
3. Abhängige Unternehmen (§ 17 AktG)	1214
4. Konzern (§ 18 AktG)	1215
5. Wechselseitig beteiligte Unternehmen (§ 19 AktG)	1218
a) Einfache und qualifizierte wechselseitige Beteiligungen	1218
b) Beschränkung der Rechte (§ 328 AktG)	1218
c) Einfache wechselseitige Beteiligungen zwischen GmbHs	1219
6. Mitteilungspflichten (§§ 20–22 AktG)	1219
7. Unternehmensverträge (§§ 291, 292 AktG)	1222
B. Der Vertragskonzern	1223
I. Begründung eines Vertragskonzerns	1223
1. Abschluss eines Unternehmensvertrages	1224
2. Zustimmungsbeschlüsse	1225
a) GmbH als Untergesellschaft	1225
b) Obergesellschaft	1226
c) Unternehmensvertragsbericht/Unternehmensvertragsprüfung ...	1226
d) Satzungsklauseln	1227
3. Anmeldung zum Handelsregister und Eintragung	1229
4. Fehlerhafte Unternehmensverträge	1230

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

II. Rechtsstellung und Haftung der GmbH im Vertragskonzern	1231
1. Weisungsrecht	1231
2. Angemessener Ausgleich, Abfindung	1236
3. Verlustübernahme	1238
4. Gewinnabführung	1241
5. Wechselseitige Beteiligung	1242
6. Stimmverbot	1243
III. Die körperschaftsteuerliche Organschaft	1243
1. Die „kleine Organschaftsreform“ durch das UntStReisekÄndG im Überblick	1243
2. Voraussetzungen der körperschaftsteuerlichen Organschaft	1245
a) Die Organgesellschaft	1245
b) Der Organträger	1247
c) Finanzielle Eingliederung der Organgesellschaft in den Organträger	1251
d) Abschluss und Durchführung des Gewinnabführungsvertrages zwischen Organträger und Organgesellschaft	1255
3. Rechtsfolgen der körperschaftsteuerlichen Organschaft	1265
a) Ermittlung des Einkommens der Organgesellschaft	1265
b) Minder- oder Mehrabführungen bei Organgesellschaften	1270
c) Ermittlung des Einkommens des Organträgers	1270
d) Ausweitung der Verlustabzugsbeschränkung	1274
4. Verunglückte Organschaft	1274
IV. Die gewerbesteuerliche Organschaft	1275
1. Voraussetzungen der gewerbesteuerlichen Organschaft	1275
2. Rechtsfolgen der gewerbesteuerlichen Organschaft	1276
a) Ermittlung des Gewerbeertrags im Fall der Organschaft	1277
b) Steuerbetragsmäßigung nach § 35 Abs. 1 EStG	1281
c) Zerlegung des Steuermessbetrages	1281
V. Die umsatzsteuerliche Organschaft	1281
1. Voraussetzungen der umsatzsteuerlichen Organschaft	1282
a) Anerkennung einer Gesellschaft als Organträger	1282
b) Anerkennung einer Gesellschaft als Organgesellschaft	1282
c) Eingliederungsvoraussetzungen	1283
2. Rechtsfolgen der umsatzsteuerlichen Organschaft	1290
VI. Die grunderwerbsteuerliche Organschaft	1292
1. Allgemeine Voraussetzungen der grunderwerbsteuerlichen Organschaft	1292
2. Begründung eines Organschaftsverhältnisses	1294
3. Veränderung der Anteilsverhältnisse bei bestehendem Organschaftsverhältnis, Umstrukturierung im Organkreis	1295
4. Erweiterung des bestehenden Organkreises	1296
5. Verschmelzung des Organträgers	1296
6. Organschaftsverhältnis innerhalb einer Beteiligungskette	1297
7. Anteilsvereinigung im Organkreis – zwischengeschaltete Personengesellschaften	1297
8. Steuerschuldnerschaft	1298
9. Örtliche Zuständigkeit	1298
10. Vorrang gegenüber § 1 Abs. 3a GrEStG	1298
VII. Änderung und Beendigung von Unternehmensverträgen	1299
1. Änderung	1299

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

2. Beendigung	1301
a) Aufhebung	1301
b) Kündigung	1303
c) Hinzutreten außen stehender Anteilseigner (§ 307 AktG)	1307
d) Umwandlung	1308
e) Sonstige Beendigungsgründe	1309
f) Handelsregisteranmeldung und -eintragung	1310
3. (Anteilige) Gewinnabführung oder Verlustübernahme bis zum Beendigungstichtag	1311
4. Sicherheitsleistung (§ 303 AktG)	1311
5. Kein weiterer Schutz der außen stehenden Gesellschafter	1313
C. Der faktische Konzern	1313
I. Begründung eines faktischen Konzerns	1314
1. Abhängige GmbH	1314
a) Abhängigkeitspräventive Satzungsklauseln	1315
b) Inhaltskontrolle abhängigkeitsbegründender Beschlüsse	1317
c) Fehlen oder Nichteingreifen satzungsmäßiger Regelungen	1318
d) Konzernierung der abhängigen GmbH	1319
2. Herrschende GmbH	1320
a) Gesellschaftsvertraglich begründete Zuständigkeiten der Gesell- schafterversammlung	1320
b) Gesetzlich zwingende Zuständigkeiten der Gesellschafterver- sammlung	1320
c) Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung aufgrund der „Holzmüller-/Gelatine“-Grundsätze	1322
d) Rechtsfolgen einer Missachtung der Zuständigkeitsverteilung	1324
e) Schutz der Minderheitsgesellschafter	1325
f) Nachträglicher Zustimmungsbeschluss	1325
II. Rechtsstellung und Haftung der GmbH im faktischen Konzern	1325
1. Herrschende GmbH	1325
a) Zuständigkeitsverteilung	1325
b) Anteilerwerb durch das abhängige Unternehmen	1326
c) Pflichten aus der Konzernleitung	1326
2. Abhängige GmbH	1327
a) Schädigungsverbot	1327
b) Cash-Pooling	1329
c) Stimmverbot nach § 47 Abs. 4 GmbHG	1338
d) Gleichbehandlungsgrundsatz	1338
e) Austritt	1338
f) Existenzvernichtender Eingriff	1339
g) Freiwillige Verlustübernahme	1344
III. Steuerliche Behandlung des faktischen Konzerns	1345
1. Der faktische Konzern im Körperschaftsteuerrecht	1345
a) Das steuerliche Teileinkünfteverfahren	1345
b) Die Zinsschrankenregelung	1348
c) Verlustabzugsbeschränkung bei schädlichem Beteiligungserwerb ..	1350
2. Der faktische Konzern im Gewerbesteuerrecht	1352
a) Mehrfachbelastung durch gewerbesteuerliche Hinzurechnung ..	1352
b) Die gewerbesteuerlichen Schachtelprivilegien	1352
3. Der faktische Konzern im Umsatzsteuerrecht	1353
4. Der faktische Konzern im Grunderwerbsteuerrecht	1353

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 18 Die Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt) (Vögt)

A. Einleitung	1356
B. Rechtsnatur/gesetzliche Grundlagen der Unternehmergeellschaft	1357
C. Einsatzmöglichkeiten	1358
I. Dienstleistungs-Unternehmergeellschaft	1359
II. Unternehmergeellschaft als persönlich haftende Gesellschafterin	1359
III. Die Unternehmergeellschaft als Konzernbaustein	1360
IV. Freiberufler-Unternehmergeellschaft	1361
V. Gemeinnützige oder Stiftungs-Unternehmergeellschaft	1361
VI. Sonstiges	1362
D. Gründung, Firmierung und Kapitalaufbringung	1362
I. Gründungsvorgang	1362
II. Mindeststammkapital	1363
III. Firmierung	1363
1. Zulässige Firmierungen	1363
2. Rechtsscheinhaftung	1364
IV. Volleinzahlungsgebot	1365
V. Sacheinlagenverbot	1365
1. Offene Sacheinlagen	1366
2. Verdeckte Sacheinlagen	1366
3. Heilung	1367
VI. Hin- und Herzahlen	1367
E. Gesetzliche Rücklage (§ 5a Abs. 3 GmbHG)	1367
I. Pflicht zur Bildung der Rücklage und Verwendungsmöglichkeiten	1368
1. Thesaurierungsgebot	1368
2. Verwendung der gesetzlichen Rücklage	1369
II. Rechtsfolgen bei Verstößen	1369
III. Gefahr der Gewinnmanipulation	1370
F. (Drohende) Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	1371
I. Pflicht zur unverzüglichen Einberufung der Gesellschafterversammlung	1371
II. Übernahme der Gründungskosten und Überschuldung der Vor-Unternehmergeellschaft	1371
III. Mittelzuführung durch Gesellschafterdarlehen	1372
IV. Überschuldung der eingetragenen Unternehmergeellschaft	1372
G. Kapitalerhöhung	1373
I. Bareinlagen oder Gesellschaftsmittel	1373
II. Reichweite des Sacheinlagenverbotes	1373
III. Reichweite des Volleinzahlungsgebotes	1374
IV. Erreichen oder Überschreiten des GmbH-Mindeststammkapitals	1375

Inhaltsverzeichnis **Inhalt**

H. Umwandlungen unter Beteiligung einer Unternehmergeellschaft	1376
I. Übergang von der Unternehmergeellschaft zur GmbH und umgekehrt	1376
II. Umwandlungen nach dem UmwG	1376
I. Die Unternehmergeellschaft im Steuerrecht	1378
J. Ausblick	1378
 § 19 Die GmbH im Internationalen Umwandlungssteuerrecht <i>(Prinz/Hütig)</i>	
A. Bedeutung und Systematik internationaler Umstrukturierungen mit GmbHs	1383
B. Grenzüberschreitende Verschmelzungen mit GmbHs	1384
I. Hinausverschmelzung einer deutschen GmbH auf eine ausländische Kapitalgesellschaft	1384
1. Gesellschaftsrecht	1384
2. Steuerrecht	1385
a) Beteiligentest: EU/EWR Kapitalgesellschaft	1386
b) Grenzüberschreitende Verschmelzung als „vergleichbarer ausländischer Vorgang“	1386
c) Schlussbilanz der übertragenden GmbH: Steuersubstrat- und Entstrickungstest	1387
d) Zentralfunktion des Stammhauses/AOA	1390
e) Besteuerung beim übernehmenden ausländischen Rechtsträger	1392
f) Besteuerung der Gesellschafter der übertragenden GmbH	1393
g) Grenzen rückwirkender Hinausverschmelzung	1395
h) Sonderproblem: Organschaft	1395
i) Keine Anwendbarkeit des UmwStG	1397
II. Hereinverschmelzung einer ausländischen Kapitalgesellschaft auf eine deutsche GmbH	1397
1. Gesellschaftsrecht	1397
2. Steuerrecht	1398
a) Übertragende ausländische Gesellschaft	1398
b) Übernehmende inländische GmbH	1400
c) Anteilseigner der übertragenden ausländischen Kapitalgesellschaft	1402
d) Grenzen rückwirkender Hereinverschmelzung	1403
e) Keine Anwendbarkeit des UmwStG	1404
C. Grenzüberschreitende Spaltung/Einbringung/Anteilstausch bei der GmbH	1404
I. Spaltung	1404
1. Gesellschaftsrecht	1404
2. Steuerrecht	1406
II. Einbringung	1407
1. Gesellschaftsrecht	1407
2. Steuerrecht	1408
a) Auslandsbezug der beteiligten Rechtsträger	1408
b) Konstellationen bei auslandsbezogenen Einbringungen	1409
III. Anteilstausch	1411
1. Gesellschaftsrecht	1411

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

2. Steuerrecht	1412
a) Auslandsbezug der beteiligten Rechtsträger	1413
b) Konstellationen bei auslandsbezogenem Anteilstausch	1414
D. Grenzüberschreitender Formwechsel mit GmbHs	1419
I. Gesellschaftsrechtliche und steuerliche Grundlagen	1419
II. „Formwechsel“ hinaus aus Deutschland (Wegzug)	1422
III. „Formwechsel“ herein nach Deutschland (Zuzug)	1423
E. Inländische Umstrukturierung von GmbHs mit Auslandsbezug	1424
I. Verschmelzung von inländischen GmbHs	1425
1. Side stream Verschmelzung	1425
a) Auslandsgesellschafter	1425
b) Auslandsvermögen	1426
2. Downstream Verschmelzung	1427
II. Formwechsel einer Personengesellschaft in eine GmbH	1428
III. Formwechsel einer GmbH in eine Personengesellschaft	1428
F. Auslandsumstrukturierung von Kapitalgesellschaften mit Inlandsbezug	1429
I. Vergleichbarkeitstest als umwandlungssteuerliche Grundlage	1430
II. Auslandsverschmelzung von Kapitalgesellschaften mit Inlandsgesellschafter	1432
III. Auslandsverschmelzung von Kapitalgesellschaften mit Inlandsbetriebsstätte	1434
IV. Auslandsformwechsel	1435
G. Grenzüberschreitende Sitzverlegung einer GmbH	1436
H. Steuerplanerische Beratungsüberlegungen für GmbH-bezogene Umstrukturierungen mit Auslandsbezug	1438
I. Missbrauch rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten (§ 42 AO) und schädlicher Gesamtplan	1438
II. Treaty Override	1440
III. Internationale Absicherungsmöglichkeiten	1443
§ 20 Nachfolgeplanung (Braun/Siemers)	
A. Einleitung	1448
I. Überblick	1448
II. Besonderheiten der Rechtsform	1448
B. Vorweggenommene Erbfolge	1450
I. Gründe für eine vorweggenommene Erbfolge	1450
II. Gestaltungsvarianten und zivilrechtliche Rahmenbedingungen	1452
1. Übertragung des Geschäftsanteils (Teilgeschäftsanteils)	1452
a) Vertragstypen	1452
b) Formalia	1454
c) Teilgeschäftsanteile	1455
d) Verfügungsbeschränkungen	1456
2. Treuhand und Unterbeteiligung	1457
a) Abgrenzungen und Gemeinsamkeiten	1457
b) Unterbeteiligung	1459
3. GmbH & Still, Genussrechte	1460
4. Kapitalerhöhungen	1463

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

5. Einziehung, „Spaltungen zu Null“	1464
6. Zuwendungsnißbrauch, Betriebsverpachtung	1465
III. Besonderheiten auf Erwerberseite	1465
1. Minderjährige	1465
2. Ausländer	1467
3. Überschuldete Nachfolger	1467
4. Stiftungen	1467
a) Stiftungen zur Unternehmensnachfolge?	1467
b) Stiftungen als Mitgesellschafter	1470
IV. Die weichen Erben	1472
1. Gestaltungsvarianten	1472
2. Gleichstellungsgelder	1473
3. Pflichtteilsrechte weichen Erben	1473
a) Überblick über das Pflichtteilsrecht	1473
b) Lebzeitige Gestaltungsmöglichkeiten	1475
V. Sinnvolle Satzungsregelungen im Zusammenhang mit vorweggenom- mener Erbfolge	1479
1. Führung und Kontrolle	1479
a) Ebene der Geschäftsführung	1480
b) Ebene der Gesellschafterversammlung	1480
c) Beirat, Aufsichtsrat	1481
d) Familienholding	1484
2. Perpetuierung innerhalb der Familie	1485
a) Verfügungsbeschränkungen	1486
b) Beschränkungen der Vererbbarkeit	1487
c) Bindung an die Gesellschaft	1487
d) Güterstands- und Pflichtteils klauseln	1487
e) Weitere Einziehungsgründe	1488
3. Vorbehalt von Erträgen	1488
VI. Zuwendungen unter Lebenden	1489
1. Gestaltung von Schenkungs- und Zuwendungsverträgen	1489
a) Stichtag, Abgrenzung von Gewinnansprüchen	1489
b) Rückforderungsrechte des Schenkers	1490
c) Familien- und erbrechtliche Anrechnungsbestimmungen	1494
d) Steuerklauseln	1494
e) Nießbrauch	1495
f) Übergabe gegen Versorgungsleistungen	1495
2. Ertragsteuerliche Auswirkungen	1496
a) Entgeltliche und teilentgeltliche Übertragungen	1496
b) Unentgeltliche Übertragungen	1496
c) Übergabe gegen Versorgungsleistungen	1496
d) Geschäftsanteil im Betriebsvermögen	1499
e) Auswirkungen auf Verlust- und Zinsvorträge	1500
3. Erbschaftsteuerliche Auswirkungen	1500
a) Verfassungswidrigkeit des ErbStG?	1500
b) Persönliche Steuerpflicht	1501
c) Sachliche Steuerpflicht	1502
d) Entstehung der Steuer, Besteuerungsstichtag	1504
e) Bewertung von Geschäftsanteilen	1504
f) Steuerverschonung für Betriebsvermögen	1511
g) Berechnung der Steuer	1517

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

h) Erhebung der Steuer	1518
i) Besteuerung von Renten und Nutzungen	1518
4. Sonstige Steuern	1519
VII. Nießbrauch	1519
1. Gestaltungsvarianten und zivilrechtliche Rahmenbedingungen	1520
a) Formerfordernisse beim Nießbrauch an GmbH-Anteilen	1520
b) Vorbehaltsnießbrauch	1521
b) Zuwendungs- und Vermächtnisnießbrauch	1522
c) Stimmrechtsvorbehalte und -beschränkungen	1522
d) Umfang der Nutzungen und Surrogate	1524
2. Ertragsteuerliche Auswirkungen	1525
a) Auswirkungen der Nießbrauchsbestellung	1525
b) Zurechnung der laufenden Einkünfte	1526
c) Ablösung von Nießbrauchsrechten	1527
3. Erbschaftsteuerliche Auswirkungen	1528
a) Schenkungsvollzug und wirtschaftliches Eigentum	1530
b) Bewertung	1531
c) Abzugsfähigkeit	1532
d) Lebzeitiger Verzicht und § 25 ErbStG aF	1533
C. Nachfolge von Todes wegen	1533
I. Gesetzliche Erbfolge	1533
II. Gewillkürte Erbfolge	1535
1. Grundsätzliches	1535
2. Erbengemeinschaft und Erbauseinandersetzung	1537
a) Zivilrechtliche Grundlagen	1537
b) Ertragsteuerliche Auswirkungen	1539
c) Erbschaftsteuerliche Auswirkungen	1542
3. Teilungsanordnung und Vermächtnis	1544
a) Zivilrechtliche Bedeutung und Abgrenzung	1544
b) Ertragsteuerliche Auswirkungen	1546
c) Erbschaftsteuerliche Auswirkungen	1547
4. Testamentsvollstreckung in den Geschäftsanteil	1547
5. Abfindung weichender Erben	1549
III. Satzungsrechtliche Beschränkungen der Vererbbarkeit von Geschäftsanteilen	1550
1. Einziehungsklauseln	1550
a) Zivilrechtliche Ausgestaltung	1550
b) Steuerliche Auswirkungen	1550
2. Abtretungsklauseln	1551
a) Zivilrechtliche Ausgestaltung	1551
b) Steuerliche Auswirkungen	1552
D. Sachverhalte mit Auslandsberührung	1552
I. Grundzüge des Internationalen Privatrechts (IPR)	1552
II. Erbschaftsteuerliche Problemkreise	1554
III. Ertragsteuerliche Hindernisse	1557
§ 21 Die „öffentlich-rechtliche“ GmbH (Otto)	
A. Einführung	1562
I. Begriffsbestimmung	1562
II. Stand der Diskussion	1563

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

III. Zulässigkeitsvoraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden	1564
1. Öffentlicher Zweck	1565
2. Relationsklausel	1565
3. Subsidiaritätsklausel	1565
4. Örtlichkeitsprinzip	1566
IV. Neuentdeckung der öffentlich-rechtlichen Anstalt	1566
B. Die öffentlich-rechtliche Anstalt (Das Kommunalunternehmen)	1567
I. Begriffsbestimmung	1567
II. Situation in einzelnen Bundesländern	1568
1. Bayern: Art. 89 Bayerische Gemeindeordnung (BayGO)	1568
2. Berlin: § 1 des Berliner Betriebe-Gesetzes (BerLBG)	1569
3. Brandenburg: Art. 94 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf)	1569
4. Hessen: § 126 a Hessische Gemeindeordnung (HGO)	1569
5. Hamburg: Gesetz über die Stadtreinigung Hamburg (9. März 1994)	1570
6. Mecklenburg-Vorpommern: § 70 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V)	1570
7. Niedersachsen: §§ 141 ff. Niedersächsisches Kommunalver- fassungsgesetz (NKomVG)	1570
8. Nordrhein-Westfalen: § 114 a Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)	1571
9. Rheinland-Pfalz: § 86 a Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO)	1572
10. Sachsen-Anhalt: Gesetz über die kommunalen Anstalten des öffentlichen Rechts (AnstG)	1572
11. Schleswig-Holstein: § 106 a Gemeindeordnung für Schleswig- Holstein (GO SH)	1572
C. Die GmbH in öffentlicher Hand	1573
I. Besonderheiten bei der Organisation	1573
II. Besonderheiten bei der Ausübung von Einflüssen auf den Aufsichtsrat	1574
III. Möglichkeit der Entsendung von Arbeitnehmervertretern in die Auf- sichtsräte von kommunalen Gesellschaften in Nordrhein-Westfalen	1574
1. Gesetzeswortlaut	1575
2. Gesetzgeberische Zielsetzung	1576
a) Unternehmen und Einrichtungen iSd § 108 a GO NRW	1576
b) Arbeitnehmerbeteiligung als Gestaltungsoption	1576
c) Drittelparität	1576
D. Die Besteuerung der öffentlichen Hand	1578
I. Allgemeines	1578
II. Die Besteuerung nach dem KStG	1578
1. Die Anstalten des öffentlichen Rechts	1578
a) Steuerpflicht und Steuersubjekt	1578
b) Befreiungen	1580
c) Ermittlung des Einkommens und vGA	1580
2. Die GmbH in öffentlicher Hand	1581
a) Steuerpflicht und Steuersubjekt	1581
b) Ermittlung des Einkommens und vGA	1581

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 22 Die gemeinnützige GmbH (Helm/Haaf)

A. Sonderstatus einer gemeinnützigen GmbH	1584
B. Gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit einer gemeinnützigen GmbH	1585
C. Die Besonderheiten bei der Gründung und die Bedeutung des Gesellschaftsvertrags	1586
I. Besonderheiten bei der Gestaltung des Gesellschaftsvertrags	1587
1. Verwendung der Mustersatzungen und Gestaltungshinweise	1587
2. Firmierung der gemeinnützigen GmbH	1588
II. Bestimmung eines steuerbegünstigten Unternehmenszwecks	1589
1. Gemeinnützige Zwecke	1589
2. Mildtätige Zwecke	1590
3. Kirchliche Zwecke	1591
III. Verdeutlichung der Zweckrichtung	1591
IV. Anerkennung als steuerbegünstigte Körperschaft und Handelsregistereintragung	1594
V. Verstöße gegen die formelle Satzungsmäßigkeit	1595
D. Besonderheiten bei der laufenden Tätigkeit einer gemeinnützigen GmbH	1596
I. Gemeinnützigkeitsrechtliche Einteilung der Tätigkeiten – die vier Sphären	1596
1. Der ideelle Bereich	1596
2. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	1596
3. Zweckbetrieb	1597
a) Einzelne Zweckbetriebe	1598
b) Wohlfahrtspflege	1598
c) Krankenhäuser	1599
4. Vermögensverwaltung	1600
II. Geschäftsführung der gemeinnützigen GmbH	1600
III. Gemeinnützige Mittelverwendung	1601
1. Grundsatz der satzungsmäßigen und zeitnahen Mittelverwendung	1601
2. Rücklagenbildung und weitere Ausnahmen	1602
3. Angemessenheit der Geschäftsführerdotierung	1603
IV. Rechnungslegung	1604
V. Betätigungen mit Auslandsbezug	1605
VI. Verstöße gegen das Gemeinnützigkeitsrecht im Rahmen der laufenden Tätigkeit	1606
E. Steuerliche Begünstigungen	1607
I. Körperschaftsteuer	1607
II. Gewerbesteuer	1609
III. Umsatzsteuer	1609
IV. Erbschaftsteuer	1610
V. Grunderwerbsteuer	1611
VI. Grundsteuer	1611
VII. Spendenrecht und Sponsoring	1611

Inhaltsverzeichnis	Inhalt
F. Ende der Steuerbefreiungen	1613
I. Ausstieg aus der Gemeinnützigkeit	1613
II. Eintritt in das Insolvenz-/Liquidationsverfahren	1613
III. Liquidation	1614
G. Besonderheiten bei der Konzernierung und der Unternehmersellschaft (UG)	1615
I. Betriebsaufspaltung	1615
II. Aufrechterhaltung der Gemeinnützigkeit in einer Holdingstruktur	1616
III. Besonderheiten im Hinblick auf die umsatzsteuerliche Organschaft	1617
H. Die gemeinnützige Unternehmersgesellschaft als alternative Rechtsform	1617
Stichwortverzeichnis	1619

beck-shop.de